Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat August 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 4045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Freiv. Kred. Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Dienstag, den 26. August 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 148**

150000 französische Arbeiter brotlos als Folge von London

Paris, 25. August.

„Journee Industrielle" teilte gestern mit, daß die französische Regierung beabsichtige, große Mengen rollenden Materials auf Reparationskonto bei Deutschland zu bestellen und drohe aus diesem Anlaß mit der Aussperrung 150 000 französischer Arbeiter.

•

Das ist ein verheißungsvoller Anfang für die Lösung der Reparationsfrage auf Grund des Dawes-Planes. Der erste Versuch, auf Grund des Sachverständigenplanes eine Reparationsleistung durch Lieferung von Waren durchzuführen, beantwortet das Organ der französischen Industriellen mit der Drohung, daß dann 150 000 französische Arbeiter ausgesperrt würden. So beginnt die Verwirklichung der „Vernunft", der historische Freudentag der Menschheit, wie ein sozialdemokratisches Blatt bei Annahme des Dawes-Planes in London schrieb. Die in Deutschland bestehende Arbeitslosigkeit wird die Anwendung des Dawes-Planes auf Frankreich, das bisher davon noch ziemlich verschont war, ausgedehnt. Wie recht hatte unser französisches Bruderblatt, die „Humanité", als es nach der Annahme des Londoner Paktes schrieb:

„Die Verwirklichung dieses Vertrages bedeutet die politische Unterwerfung und die völlige Auslieferung der deutschen Wirtschaft an das amerikanische, englische und französische Kapital. Er bedeutet die völlige Versklavung des deutschen Proletariats, der bald als Verhängnis die Versklavung des französischen und des internationalen Proletariats folgen wird."

Die Ankündigung einer Bestellung von Waren in Deutschland beantworten die französischen Kapitalisten bereits mit einer brutalen Drohung gegen die französischen Arbeiter — dafür, daß einige Betriebe in Deutschland vorübergehend beschäftigt werden, sollen 150 000 französische Arbeiter auf die Straße fliegen.

Die Presse Herriots, die Rücksicht auf ihren kleinbürgerlichen Anhang zu nehmen hat, betont zwar, daß sich die Regierung durch diese Drohung nicht schrecken lassen werde, sondern zum Nutzen des französischen Budgets von den Möglichkeiten des Dawes-Planes Gebrauch machen werde. Sie sagt aber nicht, was diese Regierung und die sie unterstützenden Sozialdemokraten tun wollen, wenn die französischen Industriellen diese Arbeiter aussperren. Etwa die Unternehmer enteignen, deren Betriebe sozialisieren? Es wäre lächerlich, auch nur an eine solche Maßnahme durch Herriot und seine Sozialdemokraten zu denken.

Nein, das französische Proletariat wird, wenn es nicht das Schicksal der Deutschen teilen will, den Kampf gegen diesen Sklavenpakt aufnehmen müssen, indem es gegen seine Ausbeuter und deren pazifistische und sozialdemokratische Lakaien den Kampf aufnimmt.

Auch in Frankreich steht das soziale Barometer auf verschärftem Klassenkampf; es kündigt sich eine Welle heftigster Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie im internationalen Maßstab an.

Generalstreik in allen belgischen Industrierevieren

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 26. August.

Die Gewerkschaften hatten vorgeschlagen, einen Ausschuß zu bilden, welcher mit der Untersuchung der Lohnverhältnisse in den streikenden Kohlenrevieren beauftragt werden solle. Bis zum Abschluß der Untersuchung sollten die Unternehmer die geplante Herabsetzung der Löhne aufschieben und die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Versammlung der Delegierten der Betriebe lehnte den Vorschlag der Gewerkschaften entschieden ab. Die Arbeiter bestanden auf der geforderten Lohnerhöhung und lehnten die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Die Unternehmer forderten Wiederaufnahme der Arbeit bei sofortiger Herabsetzung der Löhne. Auf das Vorgehen der Ausbeuter hin fanden überall Vollversammlungen der Belegschaften statt, in denen diese den Generalstreik für alle belgischen Industrierevierе proklamierten.

Verbreiterung der Front der englischen Streikenden

Gewerkschaften schließen sich unter dem Massendruck der Bewegung an

(Eig. Drahtm.) London, 26. August.

Die Transport- und Dockarbeitergewerkschaften werden durch den Druck der Massen gezwungen, sich der Streikbewegung der Transportarbeiter im Lebensmittelhandel anzuschließen. Die Gewerkschaften sind aber erst noch an die Unternehmer herangetreten, um durch Verhandlungen den Konflikt zu beseitigen und die Arbeiter-Regierung nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

Große Aussprache im Reichstag

Hilferding preist die Bankiers — Hergts Gestammel Ruth Fischers Anklagerede

(Eigener Bericht.)

Berlin, 26. August.

Am Montag begann die Aussprache über die Dawes-Gesetze (betr. Bank, Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen, Industriebelastung, Deutsche Reichsbahngesellschaft, Londoner Konferenz, Privatnotenbankgesetz, Münzgesetz, Aufbringung der Industriebelastung, Reichsbahnpersonalgesetz).

Die bürgerlichen Parteien geben ihre Antwort auf die Reden der drei Minister. Zur schnellen Durchpeitschung der Versklavungsgesetze findet bereits am ersten Tag ihre erste und zweite Beratung statt. Herr Hergt, der Vorreiter im Beratungsgalopp, der Vertreter der „nationalen Opposition", basierte seine Rede auf der Ansicht und Stellung der amerikanischen Bankiers einerseits, auf der „ewigen Gerechtigkeit" andererseits. Uns dünkt, wir hätten dies Lied, wenigstens den Grundtönen nach, fast ebenso aus sozialdemokratischem Munde gehört. „Ich möchte heimahe sagen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" — so erklärte Herr Hergt — und malte die Hoffnung auf eine Regierung zusammen mit den Deutschnationalen, die aufs neue nach London oder sonst wohin, wo es Bankiers gibt, pilgern wird, um Besseres zu erreichen. „Ich bin ein ehrlicher Mann" erklärte Herr Hergt. Konnte man deutlicher sagen als Herr Hergt, der „ehrliche Mann", daß die Deutschnationalen den Verkauf Deutschlands an die amerikanischen Herren beschlossen haben?

Herr Hilferding, der gegen ihn „zu Felde zog", wiederholte, was wir aus dem Munde der Sozialdemokraten seit Beginn der pazifistisch-demokratischen Aera zu hören gewohnt sind. Herr Hilferding, der im Parlament, wie er sagt, der Arbeiterklasse einen Boden für die bessere Wahrung ihrer Interessen schaffen will, **preist noch einmal das Gutachten und die Londoner Konferenz.** Und um die Scheu der Sozialdemokraten vor den sozusagen bösartigen kommunistischen Sozialisierungsgesetzen zu bemänteln, hält der Parlamentarier Hilferding, nachdem er den Deutschnationalen väterlich zugeredet hat, den Kommunisten eine Vorlesung über den geringen Nutzen des Parlaments. Und die Kommunisten täten doch so viele Anträge einbringen.

Gen. Ruth Fischer sprach. Das Haus war wieder gefüllt. Ein großer Teil der Abgeordneten drängt sich nach vorn. Starke Bewegung auf den Tribünen, von denen oft aus gewissen Gegenden laute Zustimmung kommt. Die Rede ist fortgesetzt vom lebhaftesten Beifall der Kommunisten, von wütenden Ausfällen der bürgerlichen Parteien, von schwächlichen Verteidigungsversuchen der Sozialdemokraten unterbrochen. Auf den Tribünen hört man wieder, wie seinerzeit bei der Rede des Gen. Rosenberg, die kommunistische Rede, die beste und schärfste nennen. Die Erregung steigert sich bis zum Schluß, wo die Kommunisten mit begeistertem Beifall dem bedrückten Lachen einiger Herren von Rechts antworten.

(Bericht siehe Seite 8.)

Aussetzung der Verkündung beantragt!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 26. August.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingereicht:

Auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung wird im Falle der Annahme der nachbezeichneten Gesetzentwürfe:

Bankgesetz,
Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen,
Industriebelastung,
Deutsche Reichsbahngesellschaft,
Londoner Konferenz, Privatnotenbankgesetz,
Münzgesetz, Aufbringung der Industriebelastung,
Personalverhältnisse bei der deutschen Reichsbahngesellschaft,

deren Verkündung zwei Monate ausgesetzt, damit auf Grund des Artikels 73, Abs. 2 der Reichsverfassung ein Volksentscheid über diese Gesetze herbeigeführt werden kann.

Was bedeutet dieser Antrag der Kommunisten? Nach Artikel 72 der Reichsverfassung muß die Verkündung eines Gesetzes zwei Monate ausgesetzt werden, wenn ein Drittel des Reichstages es verlangt. Das erforderliche Drittel wäre sofort vorhanden, wenn die Deutschnationalen sich dem Einspruch der Kommunisten anschließen. Die Deutschnationalen sind also vor eine erneute Entscheidung gestellt.

•

Diktator Marx

(Eig. Drahtm.) Berlin, 26. August.

Als Antwort auf die Rede von Hergt erklärte der Reichskanzler Marx, daß die Regierung unter allen Umständen, auch bei Nichtannahme der Gesetze durch den Reichstag, am 30. August unterschreiben werde.

Die „Allgemeine Zeitung" und der kommunistische Sozialisierungsgesetzentwurf

Bürgerliche Eingeständnisse

r. **Halle, 27. August.**

Die bürgerliche Presse wendet gewöhnlich gegenüber den Forderungen der Kommunisten die Taktik des Totschweigens an. Wenn es sich nicht gerade um „kommunistische Putschversuche" oder „verurteilte Hetzer" handelt, schweigt sie sich über uns aus. Nur von Zeit zu Zeit regt sich ihr Interesse für kommunistische Dinge. Nicht zufällig. Es handelt sich dann meist um Situationen, in denen die Lage der Regierung oder des Unternehmertums verzweifelt und der kommunistische Vorstoß erfolgreich ist. Die wachsende Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse ist also meist ein Signal dafür, daß die „kommunistische Gefahr" für die deutsche Bourgeoisie bedenklich wächst.

So ist es denn verständlich, daß die „Allgemeine Zeitung", das hallische Stinnes-Organ, sich in ihrer gestrigen Nummer auf der ersten Seite mit dem Sozialisierungsgesetzentwurf unserer Reichstagsfraktion beschäftigt. Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei es nicht bei einer parlamentarischen Aktion bewenden läßt, sondern daß sie ihre Forderungen in die Massen hinausträgt, sie zum Gegenstand von Massenaktionen machen wird, ist den bürgerlichen angesichts der Erregung der Arbeiterschaft über den Londoner Hungerpakt sehr unangenehm. Die „Allgemeine Zeitung" hat diese Gefahr des Sozialisierungsentwurfs erkannt. Unter der Ueberschrift: „Die Kommunisten fordern die Sozialisierung" führt sie gleich eingangs warnend aus:

„Man wird den Gesetzentwurf . . . nicht einfach mit einem Achselzucken erledigen können."

Sehr richtig, wertes Stinnes-Blatt! Und die Parteien des Reichstags, die glauben, sie könnten sich diesmal mit einem Achselzucken um eine klare Stellungnahme herumdrücken, werden sehr bald zu derselben Erkenntnis kommen. Vor allem die Sozialdemokratie, deren Redner, Hermann Müller, den ungeheuerlichen Satz wagte: „Sozialisierung ist ganz gemeiner Volksbetrug", diese selbe Sozialdemokratie wird sehr bald merken, daß sie von den Massen als Volksbetrüger erkannt worden ist.

Wie kommt aber die „Allgemeine Zeitung" zu ihrer Einsicht über die Bedeutung des Gesetzes? Sie geht zunächst auf seinen Inhalt ein und stellt dann fest, daß er „selbst außerordentlich klug berechnet" ist. Denn er wende sich gegen die Verschacherung Deutschlands an die großen Finanzmagnaten. Wörtlich stellt die „Allgemeine Zeitung" fest:

„Er (der Entwurf) wirft sich in bewußtem Gegensatz zu den Sozialisten, die bereit sind, die deutsche Arbeiterschaft an die internationale Finanz zu verkaufen, zum Schützer und Erhalter der deutschen, nationalen Wirtschaft auf. Durch das ganze Gesetz geht ein ausgesprochen nationaler Zug."

Die „Allgemeine Zeitung" hätte noch hinzufügen müssen: Nicht nur im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, sondern im Gegensatz zu der gesamten Bourgeoisie bis zu den Deutschnationalen, die hemmungslos daran sind, Deutschland zu einem Interessengebiet, einer Finanzkolonie ausländischer Kapitalsmächte herabzudrücken. Wenn das Stinnes-Blatt aber von dem „nationalen Zug" des Entwurfes schreibt und unter „national" die heuchlerischen Phrasen des endlich abgewirtschafteten deutschen Bürgertums versteht, so müssen wir ihm doch sagen, daß es sich hier um einen anderen „nationalen Zug" handelt: Um die bewußte Anteilnahme der werktätigen Massen an der Gestaltung ihrer Zukunft, um die entschiedene Vertretung ihrer Interessen, die damit die Interessen der Nation geworden sind.

Die „Allgemeine Zeitung" findet auch, daß der Sozialisierungsentwurf den „kleineren selbständigen Existenzen, der großen Masse des Volkes", Schutz verheiße und stellt zum Schluß fest, daß der „psychologische Augenblick für das Gesetz klug erfaßt". Bald werde der Schwindel von London entlarvt sein, die „Aera des Friedens und der Versöhnung" werde ihr wahres Gesicht gezeigt haben und dann werde die Wut der Massen sich gegen die verräterischen Lügner, das sind die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten, wenden.

Und damit kommt die „Allgemeine Zeitung" zu einer Fragestellung, die sehr interessant ist und von der die Arbeiter sehr viel lernen können. Der Redakteur des Stinnes-Blattes hat nämlich eingesehen, daß die Frage dieses Sozialisierungsgesetzentwurfes eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, also eine Machtfrage ist. Und mahnend beschwört er das Bürgertum, doch ja die Dinge nicht so leicht zu nehmen. Denn wenn diese große Enttäuschung der Massen kommen würde, dann wäre die Stunde der Kommunisten gekommen. Das Volk würde sich „von dem Opiumrausch des Kommunismus" berauschen lassen. Und damit sei die Machtfrage zwischen den „Parlamentariern" (er meint wohl den Bürgerlichen) und den Proletariern aufgerollt. Und die „Allgemeine Zeitung" stellt entsetzt fest:

„Es fragt sich dann noch, ob auf seiten der Parlamentarier oder der Proletarier mehr Energie und Stoßkraft ist. Und da sprechen die bisherigen Erfahrungen nicht ohne weiteres für die Palamentarier, zumal die wachsende Not die Parlamentarier schwächen, die Proletarier dagegen an Zahl wie an Energie stärken wird."

Hallische Arbeiter, hört Ihr, was hier eine Unternehmerzeitung eingesteht? Sie gibt offen zu, wie schwach die Position der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0001

herrschenden Klasse gegenüber der durch wachsende Not erwachenden Arbeiterschaft ist. Und bleiche Furcht erfaßt sie, angesichts des Gedankens, die verratenen Massen könnten den kommunistischen Sozialisierungsgesetzentwurf zu ihrem Programm, ihrer Forderung machen. Sie weiß, daß dann die letzte Stunde für das verräterische Londoner Abkommen, aber auch für seine Urheber und Förderer, die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfer, gekommen ist.

Deshalb warnt das Unternehmerorgan seine Gesinnungskumpane vor dem „jetzigen planmäßigen und zielbewußten Vorstoß der Kommunisten". Vergebliche Mühe! Die Entwicklung der Dinge in Berlin zeigt, daß die Parteien, wie die Motte zum tödlichen Licht, sich zum Tanz um die Londoner Peitsche drängen.

Aber wie die Flammenschrift in der alten babylonischen Königsburg, so stehen die Forderungen der Kommunisten, das proletarische Sachverständigengutachten, an die Wand des Reichstagsgebäudes geschrieben. Abrechnung folgt!

Die Reichsbahn-Verschacherung

(Eig. Bericht.) Berlin, 26. August.

Die Dauersitzung des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag am Sonntag, beschäftigte sich bis in die späten Abendstunden mit dem Reichseisenbahn-Gesetz. Die Regierungsvertreter Minister Oeser und Staatssekretär Vogt vertraten einen rosigen Optimismus. Die Eisenbahn würde deutsch bleiben, die Tarife würden nach Annahme des Sachverständigengutachtens abgebaut, für die Beamten sei bestens gesorgt, überall sei die schönste Harmonie. Der deutschnationale Schwerindustrielle Reichert setzte in seinen Ausführungen die Annahme des Eisenbahngesetzes stillschweigend voraus. Er kuhhandelte bereits mit dem Minister über günstige Tarife für die Grosindustriellen. Die Vertreter des Zentrums und der SPD. versicherten ihre Annahmefreudigkeit und brachten gleichzeitig den Arbeitern und Beamten der Eisenbahn ihre guten Wünsche dar.

Genosse Rosenberg zerstörte alle die Illusionen und Luftschlösser, die man anläßlich des Dawes-Gutachtens aufgerichtet hätte. Die deutsche Eisenbahn kommt unbedingt, wie er hervorhob, in die Hände des fremden Kapitals, daß von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrats 13 zu bestimmen haben. Die Diktatur des künftigen Eisenbahn-Kommissars wird mit ganzer Wucht auf den Eisenbahnbeamten und Arbeiter lasten, die so ihre letzten Rechte einbüßen. Für die Kommunisten komme nur die unbedingte Ablehnung der Gesetze in Frage. Man müsse doch durch Auflösung des Reichstags und Volksentscheid das Volk befragen. Die Masse würde unmöglich zu solchen Gesetzen ihre Zustimmung geben.

Schwindel des Düsseldorfer Oberbürgermeisters

(Eig. Drahtb.) Düsseldorf, 26. August.

Laut Pressemeldung hat der Düsseldorfer Oberbürgermeister an den Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem er behauptet, im Namen der Stadt Düsseldorf den Dank für die Haltung der deutschen Vertretung in London auszusprechen. Jetzt stellt sich heraus, daß der Oberbürgermeister völlig eigenmächtig das Telegramm abgesandt hat, ohne die Fraktionsführer oder die Stadtverordnetenversammlung zu fragen. Der Ausdruck „im Namen der Stadt" ist also erlogen. Die Düsseldorfer „Freiheit" erklärt dazu, daß die Kommunistische Partei und die hinter ihr stehenden 47 000 Wähler es ablehnen, sich durch den Oberbürgermeister zum Vorspann kapitalistischer Interessen machen zu lassen.

•

Dieser Fall zeigt deutlich, mit welchen Mitteln der Annahme-Rummel, der durch massenhafte Telegramme an die Regierung begleitet wird, inszeniert wird.

Erzberger-Mörder Schulz erkannt

Flucht seines Komplizen Tillesen

Berlin, 25. August.

Nach einer aus Budapest vorliegenden Meldung ist es den nach Budapest entsandten Kriminalbeamten gelungen, in dem sich Heinrich Förster nennenden Deutschen den Erzberger-Mörder Heinrich Schulz festzustellen. Die Aehnlichkeit mit den von den Kriminalbeamten vorgelegten Lichtbildern war so groß, daß kein Zweifel mehr möglich war.

Nachdem die deutschen Kriminalbeamten in Heinrich Förster Heinrich Schulz erkannt hatten, wendete sich das Interesse den zwei anderen Gästen des Abgeordneten Gömbös zu. Der eine, der angebliche Heinrich Schneider, befindet sich noch immer in der Villa des Abgeordneten Gömbös.

Der dritte Gast, der sich Konrad Mayer nannte, ist aber verschwunden. Den deutschen Kriminalbeamten wurde aber seine Personalbeschreibung und auch seine Unterschrift, mit der er bei seiner Vernehmung auf der Polizei das Protokoll unterzeichnete, vorgelegt, auf Grund deren sie zu der Ueberzeugung kamen, daß der angebliche Konrad Mayer mit dem zweiten gesuchten Mörder des Ministers Erzberger, mit Heinrich Tillessen, identisch ist. Mayer-Tillessen war im Besitze eines rumänischen Reisepasses, aber es ist wahrscheinlich, daß er Ungarn nicht verlassen hat. Man nimmt vielmehr an, daß er sich bei einem anderen Parteigenossen des Abgeordneten Gömbös, wahrscheinlich in der Umgebung von Keeskemet, versteckt hält.

Nach der Konfrontierung begaben sich die deutschen Kriminalbeamten zum deutschen Gesandten, der nach Anhörung ihres Berichtes sich sofort zum Außenminister begab und neuerlich die Auslieferung von Schulz verlangte. Der Minister antwortete, daß die ungarische Regierung in der nächsten Frist ihren Standpunkt in einer Note der deutschen Regierung mitteilen werde.

Die Einheit in der Union wieder hergestellt

(Eig. Drahtm.) Köln, 26. August.

Eine Konferenz der Gelsenkirchener Richtung der Union der Hand- und Kopfarbeiter beschloß gegen eine ganz verschwindende Minderheit, ihre Organisation aufzulösen und zur Union zurückzukehren. Damit ist eine infolge der Oktoberniederlage ausgelöste Erschütterung der Union liquidiert, die für die Ruhrarbeiterschaft ein schwerer Schaden war.

•

Bezeichnend für die Wirkung der Gelsenkirchener Absplitterung ist, daß die Sozialdemokratie in ihrer Partei- und Gewerkschaftspresse die Gelsenkirchener verhöhnt, weil sie sich der Roten Gewerkschaftsinternationale unterworfen haben und mit dieser Verhöhnung ein Weiterwirken der Gelsenkirchener Tendenzen begünstigen will. Daraus geht ohne weiteres hervor, daß diese Tendenzen zum Schaden der Arbeiter wirkten, denn sonst würden sie nicht von der SPD. unterstützt werden.

Aufruf an die gesamte Bergarbeiterschaft!

Die Zustände im deutschen Bergbau spitzen sich immer mehr zu. Im Ruhrgebiet werden neben der Stillegung der Randzechen fast auf allen Schächten wöchentlich zwei bis drei Feierschichten eingelegt. Dasselbe ist in den anderen Bezirken der Fall. In Mitteldeutschland werden große Einschränkungen in den Braunkohlenbetrieben vorgenommen. In Niederschlesien werden ebenfalls auf den meisten Zechen wöchentlich ein bis zwei Feierschichten eingelegt. Auch in Sachsen beginnt man große Vorräte anzuhäufen.

Neben diesem Anhäufen von Kohlenvorräten und der Einlegung von Feierschichten geht konform eine brutale Behandlung der Bergarbeiter und ein Antreibersystem, wie es seit langer Zeit nicht zu verzeichnen war. Die Tarifbestimmungen werden auf fast keiner Zeche eingehalten. Löhne, weit unter dem tarifischen vorgesehenen Mindestlohn werden auf sehr vielen Zechen gezahlt. Die monatelang ausgesperrten Bergarbeiter in Sachsen sind um die Hälfte ihrer Ferien betrogen worden. Mit den traurigsten Löhnen werden die Bergarbeiter abgefunden.

Dieses Vorgehen zeigt ganz deutlich den Beginn einer großen Offensive der Grubenherren auf die Rechte der Bergarbeiter. Es zeigt, daß, nachdem die Verständigung in London herbeigeführt sein wird, die Grubenherren mit noch schärferen Mitteln gegen die Arbeiterschaft vorgehen werden, um alle Lasten des Sachverständigengutachtens auf die Arbeiter abzuwälzen.

Das Vorgehen der Zechenherren kommt klar zum Ausdruck in der Kündigung des Lohnabkommens in Rheinland-Westfalen und in dem Verlangen, in dem neuen Lohnabkommen, über das Ende des Monats Verhandlungen stattfinden sollen, die Löhne um 20 Prozent herabzusetzen. Für den sächsischen Steinkohlenbergbau läuft den Tarif Ende September ab und ist bestimmt mit demselben Vorgehen zu rechnen. Wenn die Bergarbeiter nicht auf den Posten sein werden, dann wird es den Zechenherren in Gemeinschaft mit den arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführern gelingen, tarifmäßig die Löhne noch weiter herabzudrücken. Dieses muß unter allen Umständen verhindert werden.

Um seitens der Bergarbeiter den Vorstoß der Unternehmer abwehren zu können, ist daran unbedingt notwendig, überall dafür zu sorgen, daß Belegschaftsversammlungen oder öffentliche Bergarbeiterversammlungen abgehalten werden.

In diesen Versammlungen muß die Situation im Bergbau besprochen werden und die Bergarbeiter müssen gegenüber dem Vorstoß die Forderung erheben:

1. Bezahlung der Feierschichten durch die Zechen oder durch die Kommunen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht, Einstellung aller Arbeitslosen und Gemaßregelten in den Produktionsprozeß.
3. Belieferung der Armen, Invaliden, Kriegsbeschädigten und all derer die die teuren Kohlenpreise nicht selbst bezahlen können, mit Kohlen durch die Kommunen. Gleichzeitig muß verlangt werden, daß die Kommunen eine Belieferung ihrer Schulen, Krankenhäuser und sonstigen kommunalen Anstalten mit Kohlen schon jetzt vornehmen.

Diese Forderung muß gemeinsam mit den kommunistischen oder Gemeindeverordneten besprochen werden, daß sie auch von ihnen in den Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeindevertretungen aufgestellt wird.

4. Bereitstellung von Krediten zur Bezahlung der Arbeiterlöhne unter Kontrolle der Betriebsräte. Bei dieser Forderung ist darauf hinzuweisen, daß ja im vorigen Jahre nicht nur die Grubenbesitzer, sondern alle möglichen Fabrikbesitzer und Handwerksmeister Kredite und Ruhrhilfe aus Anlaß des passiven Widerstandes erhalten haben und daß daher auch jetzt zur Bezahlung der Arbeiterlöhne den Betriebsräten durch die Kommunen oder den Staat Kredite zur Verfügung gestellt werden müßten.
5. Verbilligung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Hierzu ist zu bemerken, daß eine Hebung der Produktion erst dann erfolgen kann, wenn die Kaufkraft der Arbeiter gestärkt wird. Das kann nur geschehen durch Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Erhöhung der Löhne.
6. Gegenüber dem Vorhaben der Grubenbesitzer, die Löhne zu kürzen, muß überall mit allem Nachdruck eine Erhöhung der Löhne verlangt werden. Nach den Reichsindexziffern vom 6. August müßte im Vergleich zu der Vorkriegszeit der Bergarbeiterlohn im Durchschnitt etwa 9 Mk. betragen.
7. Um der kapitalistischen Produktionssabotage wirksam entgegentreten zu können, muß weiter verlangt werden, Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte.

Wenn die Kapitalisten diese Forderung der Arbeiterschaft glauben nicht bewilligen zu können, dann haben die Arbeiter die Forderung aufzustellen auf Uebernahme der Produktion durch die Arbeiter und Angestellten.

Die gesamte Bergarbeiterschaft sei auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihr bevorstehen. Falls die Bergarbeiter nicht lebendig werden und dem Vorgehen des Grubenkapitals nicht energisch die Stirn bieten, werden die Grubenherren ihr Ziel durchsetzen. Das darf aber nicht geschehen. Nicht Lohnkürzung, sondern Lohnerhöhung muß die Forderung sein. Die nächsten Wochen werden uns bestimmt vor große Aufgaben stellen. Darum befolgt unsere Parolen und sorgt für die restlose Aufklärung auch des letzten Bergproleten.

Industriegruppe „Bergbau" der Union der Hand- u. Kopfarbeiter, Wirtschaftsbezirk Freistaat Sachsen

„Pazifist" Daimling

Ein schwarzrotgelber Massenmörder

Da die Sozialdemokratie mit dem Konjunkturpazifismus des Generals von Daimling hausieren geht, geben wir nachstehende Schilderung eines ehemaligen Angehörigen des 15. A.-R. wieder, der das „Verzügen" hatte, während des Weltkrieges unter dem Kommando des Generals Daimling zu kämpfen.

Die Redaktion.

Anläßlich des schwarzrotgelben Klimbims hat in Weimar auch der Schlächter von Verdun, der heute schwarzrotgelbe General Daimling eine Rede geschwungen.

Als ehemaliger Angehöriger des von Ihnen befehligten 15. Armeekorps kann ich nicht umhin, meiner größten Verwunderung Ausdruck zu verleihen über die Wandlung, die mit Ihnen, Herr General, inzwischen vorgegangen ist. Ich gestatte mir daher, einige kleine Erinnerungen Ihnen wieder ins Gedächtnis zu rufen und hoffe, daß Sie dann Mannes genug sein werden, sich schon heute möglichst schell wieder einzureihen in die Front mit Ludendorff, da Sie dort hingehören.

Ich frage Sie, Herr General, warum haben Sie das pazifistische Gesicht, welches Sie am vergangenen Sonntag in Weimar aufgesetzt, nicht auch schon aufgesetzt vor Ypern und Verdun? Warum haben Sie am 29. September 1915 bei Herrendege das 2. Bataillon des Inf.-Regts. Nr. 172 in die Luft sprengen lassen? Sie mußten bereits 14 Tage vorher, daß die Engländer unsere Stellung unterminierten? Sie wußten, daß drei Tage vorher gemeldet worden war, daß die feindlichen Minierstellen geladen sind? Und doch, Herr Friedensgeneral, kam von Ihrer Hand unterschrieben der Befehl:

Wer die Stellung ohne Befehl verläßt, wird erschossen! Das war Pazifismus, Herr General, nicht wahr?

Meine Kameraden lagen damals in den Unterständen und hörten jeden Handstreich, den die Minierkolonnen der Engländer taten, meine Kameraden wußten, daß in aller Kürze der Graben hochfliegen würde.

Sie, Herr General, haben trotzdem die Stellung nicht räumen lassen. Nur dadurch, daß wir uns innerhalb der MGK. 172 ablösten, entging ich dem Tode, den acht Kameraden von der MGK. 600 erlitten haben, und diese, Herr von Daimling, haben Sie auf dem Gewissen.

Weiter, Herr General, warum wurden unsere elsässischen Kameraden, die doch genau so im Schlamm lagen und ebenfalls ihr Blut für das „herrliche Vaterland" verspritzten, als Soldaten 2. Klasse behandelt?

Wären am Sonntag statt 2000 Schwarzrotgelben, Elsässer oder ehemalige Angehörige des 15. Armeekorps anwesend gewesen, dann hätte man Sie, Herr General, in Stücke gerissen; davon können Sie überzeugt sein.

Warum, Herr Pazifist von Daimling, ließen Sie die belgische Bevölkerung unter Granatfeuer und unter Androhung von Deportation arbeiten? Warum, Herr General, rühmten Sie sich am Sonntag nicht dieser „Heldentaten"?

Nun weiter, Herr General, wie war es doch vor Verdun? „Kerls, Ihr werdet Parademarsch bis nach Verdun machen!" So klang doch Ihre Rede aus, die Sie vor den versammelten elsässischen Kameraden hielten. Jawohl, und als kein Parademarsch zustande kam, da das sogenannte eiserne Armeekorps jämmerlich zusamengeschossen wurde, da hagelte es von Korpsbefehlen, die für die Muskoten allerdings einen recht eigentümlichen Inhalt hatten.

Wie war es, Herr General, mit den fünf Landwehrleuten vom Inf.-Regt. 132, die in Meailles standrechtlich erschossen wurden und insgesamt 23 unmündige Kinder hinterließen?

Warum wurde ein solches Urteil gefällt und vollzogen? Wird Ihnen, Herr General, beim Lesen dieser furchtbaren Erinnerungen das Gewissen erwachen, ich glaube kaum, sonst könnten Sie sich heute nicht hinstellen und über „Pazifismus" reden?

Warum aber wurde ein derartiges Exempel statuiert? Weil ein besoffener Major vom Inf.-Regt. 132 eine Gruppe, in welcher sich die standrechtlich Erschossenen befanden, mit der Pistole in der Hand, zwingen wollte, einen Befehl auszuführen, bei welchem nicht einer von der Gruppe mit dem Leben davongekommen wäre, und daher die ganze Gruppe gegen diesen besoffenen Lumpen mit der Waffe in der Hand vorging. Warum haben Sie, Herr General, dieses schändliche Urteil bestätigt? In Ihrer Hand lag es, Herr General, für diese Opfer einer wildgewordenen Bestie die Begnadigung zu erwirken.

Ihr aber, ehemalige Frontsoldaten, die Ihr in einer Front mit diesem General steht, wollt Ihr mit einem solchen Manne Schulter an Schulter weitermarschieren, der mit solchen „pazifistischen" Heldentaten belastet ist. Nein und tausendmal nein, die Organisation der ehemaligen Frontkämpfer ist der Rote Frontkämpfer-Bund.

Ein ehem. Angehöriger der 1. M.-G.-K. J.-R. 172, 15. A.-K.

„Arbeiterfreund" Ludendorff

Berlin, 26. August.

Zum Tannenberg-Rummel, dem Treffen der großen Massenschlächter des Weltkrieges, ist nach dem Badekur-Hindenburg nun auch Erich mit der blauen Brille, Seine Exzellenz General v. Ludendorff eingetroffen. In einer Rede, die dieser Oberfaszist in Tilsit hielt, erklärte er u. a.:

Der Freiheitskampf dürfte nur möglich sein, wenn das deutsche Volk geschlossen sei, und diese Geschlossenheit werde erreicht werden, wenn es gelinge, den deutschen Arbeiter als vollwertiges Glied der deutschen Kampfgemeinschaft zu gewinnen. Dazu gehöre soziales Verständnis, woran es vordem Kriege gefehlt habe.

Man sieht, die faszistische Schule ist auch für einen Ludendorff lehrreich gewesen. Derselbe Mann, der es noch in seinen Kriegserinnerungen wagt, die deutschen Massen auf das gemeinste zu beschimpfen, redet jetzt von „sozialem Verständnis". Wenn die deutsche Arbeiterschaft erst einmal mit diesen Burschen gründlich abgerechnet hat, dann wird dieses „Verständnis" vollkommen sein.

Kommunistenverhaftungen in Bayern

Die bürgerliche Presse meldet hochbefriedigt:

München, 25. August. Auf Bahnhof Rosenheim verhaftete die Polizei einen Mann, der sich als kommunistischer Kurier entpuppte. Ihm konnte politisches Material über die kommunistische Bewegung abgenommen werden.

Wir werden auf diese Verhaftung noch zurückkommen, wenn wir eine Darstellung unserer Partei erhalten haben. Bemerken möchten wir aber noch, daß trotz aller Verfolgungen die Kommunistische Partei gerade in Bayern wächst. Das hat der Ausfall, vor allem der bayrischen Landtagswahlen gezeigt.

Köln in der Scharfmacherfront

Aussperrung der Notstandsarbeiter

(Eig. Drahtm.) Köln, 26. August.

Die verschiedenen Baufirmen, die von der Stadt die Notstandsarbeiten übernommen haben, haben die Notstandsarbeiter ausgesperrt. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesen Maßnahmen einverstanden erklärt, sie solidarisiert sich also mit den Unternehmern, obwohl sie vorgibt, sich in der Aussperrungsfrage neutral halten zu wollen.

Heraus zur Massenversammlung

am Donnerstag, dem 28. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark"

Tagesordnung: London oder Moskau

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Die Kapitulation ist vollzogen! Die internationalen Ausbeuter übernehmen die Verwaltung und Wirtschaft Deutschlands. Was ist zu tun? Hört, was die Kommunisten zu sagen haben. — Erscheint in Massen.

KPD., Ortsgruppe Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0002

Nur der proletarische Kampf zerreißt den Londoner Vertragsfetzen!

II.

In London hat die Regierung den ihr vorgelegten Vertrag unterschrieben. Damit hat sie ungeheuerliches Elend für das deutsche Proletariat angenommen. Worin zeigt sich dieses Elend? Dieses Elend zeigt sich in einer ungeheuren Arbeitslosigkeit, es zeigt sich in einer entsetzlichen Herabdrückung der Lebenshaltung, einer riesigen Lohnkürzung vermittels indirekter Steuern und anderen Belastungen. Welche Verpflichtungen sind aufgenommen worden?

Deutschland verpflichtet sich zu einer Zahlung von jährlich 2½ Milliarden Goldmark. Diese Summe wird vom Jahr 1929 an gezahlt. Vorher verpflichtet sich Deutschland, folgende Beträge zu zahlen:

im Jahre 1924/25	1000 Millionen Goldmark
im Jahre 1925/26	1220 Millionen Goldmark
im Jahre 1926/27	1200 Millionen Goldmark
im Jahre 1927/28	1750 Millionen Goldmark
vom Jahre 1928/29 an	2500 Millionen Goldmark

Wie wird diese Zahlung durchgeführt? Zum Zwecke dieser Zahlung werden die deutschen Reichseisenbahnen den internationalen Kapitalisten, den deutschen wie den ausländischen, ausgeliefert. Dabei erhalten die ausländischen Kapitalisten das Uebergewicht. Sie erhalten durch ihren Kommissar das Recht, die Höhe der Tarife zu bestimmen, die Beamten zu entlassen, Teile der Eisenbahnen zu verkaufen. Eine große Macht ist ihnen damit in die Hand gegeben. Sie können einen großen Teil der Beamten und Arbeiter auf die Straße werfen, sie haben bereits angekündigt, daß sie es tun werden. Die Sachverständigen selbst sagen:

„Es bleibt noch eine Summe von 800 Millionen Goldmark aufzubringen; nach unserer Meinung kann sie als Reingewinn der Eisenbahn erzielt werden, und zwar unter der Bedingung, daß die Tarife auf eine angemessene Höhe gebracht werden, daß die Zahl der Angestellten auf eine angemessene Höhe herabgesetzt wird."

Die Tarife werden heraufgesetzt, daß bedeutet Lohnkürzung für den Arbeiter, der zu seiner Arbeitsstätte fahren muß, daß bedeutet aber vor allem, daß mit einem Federstrich mittels dieser Eisenbahntarife große Teile der deutschen Industrie stillgelegt werden; d. h. daß große Teile des deutschen Proletariats arbeitslos auf die Straße fliegen.

Zur Durchführung der Zahlung tritt weiter eine ungeheure Belastung des Proletariats durch Erhöhung der indirekten Steuern. Die Sachverständigen sagen:

„Die Sätze (der indirekten Steuern) scheinen dem Komitee unangemessen niedrig zu sein."

Für ein solch ungeheuerlich wichtiges Nahrungsmittel wie Zucker werden besondere Steuern erhoben, genau wie für Branntwein, Tabak und Bier. Die Zölle werden wesentlich erhöht werden. Die Schutzzollbewegung der Landwirtschaft ist auf die gleiche Basis zurückzuführen, die deutschen Agrarier wollen bei der allgemeinen Verschärfung der Ausbeutung des deutschen Proletariats einen Teil mitgenießen.

Die Erhöhung der Zölle gibt dem Kommissar ein weiteres Mittel in die Hand, Teile der deutschen Industrie abzudrosseln, weitere riesige Teile des deutschen Proletariats erwerbslos auf die Straße zu werfen.

Neben diesen ungeheuerlichen Belastungen des deutschen Proletariats treten Sachlieferungen, die die deutschen Kapitalisten zu leisten haben. Die Hoffnung der Sozialdemokraten, Deutschland wäre die „Industriestätte der Welt", ist auf der Londoner Konferenz grausam zerstört worden. Die Sachlieferungen sind beschränkt auf Lieferungen von Rohstoffen, vor allem Kohle, Koks, Teer und andere Nebenprodukte, auch Farbstoffe und Chemikalien. Keinerlei Sachlieferungen aus der übrigen Industrie. Die deutschen Industriellen erhalten diese Sachlieferungen bezahlt. Womit erhalten sie sie bezahlt? Sie erhalten sie aus jener Anleihe bezahlt, für die das deutsche Proletariat, die deutschen Kleinbürger Steuern zahlen müssen, für deren Zinsendienst ihre Ausbeutung verschärft, ihre Belastung vergrößert wird. Es ist eitel Lüge und Trug, wenn von einigen sozialdemokratischen Demagogen angegeben wird, diese Anleihe diene zu Kreditzwecken für die Gesamtindustrie, diene zur Neugründung der deutschen Währung, werde für die neue Notenbank verwandt.

Das Sachverständigengutachten stellt ausdrücklich fest, daß diese Anleihe zur Bezahlung der Sachlieferungen des ersten Jahres in der Höhe von 800 Millionen Goldmark dienen soll. Wie vollzieht sich der Mechanismus dieser Anleihe? Verfolgen wir zunächst den Lauf der Waren. Die deutschen Montankonzerne liefern aus ihren Kohlengruben und aus den chemischen Fabriken für 800 Millionen Goldmark Waren an die Reparationskommission. Sie sind dabei etwas benachteiligt dadurch, daß die Preise, von der Repko vorgeschrieben, niedrig sein werden. Sie haben insofern einen gewissen Vorteil, daß sie bei der jetzigen Krise wenigstens einen Teil des ihren Arbeitern ausgepreßten Mehrwertes realisieren können. Von der Repko wandern diese Waren zum größten Teil an die französische Industrie (Kohlen, Koks, Nebenprodukte), zum kleineren Teil an die amerikanische und englische Industrie (Teil der Farbstoffe und Chemikalien). Die französische Industrie bezahlt diese Waren mit 800 Millionen Goldmark an die französische Regierung. Was macht die französische Regierung mit diesem Geld? Sie löst — das ist bereits von ihr angedeutet worden — der französischen Schwerindustrie die in deren Besitz befindlichen Kriegsanleihe, Reparationsfonds usw. ein. Die französische Industrie macht ein sehr gutes Geschäft dabei. Sie erhält für ungefähr 800 Millionen Goldmark Waren, die sie nicht oder fast nicht zu bezahlen braucht. Die deutsche Industrie: sie hat für 800 Millionen Goldmark Waren geliefert, sie erhält 800 Millionen Goldmark bezahlt. Für diese Bezahlung dient die Anleihe. Die deutschen Industriellen verlieren nichts bei diesen Sachlieferungen, sie gewinnen nur sehr gering.

Die Anleihe in Amerika. Die Anleihe soll zu einem Zinsfuß von 7½ Prozent ausgelegt werden; sie soll zu einem Kurs von 94 oder 96 Mark für 100 Mark gegeben werden, so daß sich die Verzinsung auf ungefähr 8 Prozent belaufen wird. Der Zinsfuß in Amerika beträgt 2 Prozent für das Jahr, die Anleihe, wie schon ausgeführt, 8 Prozent. Dabei werden die amerikanischen Banken durchaus nicht aus ihren eigenen Geldern die Anleihe zeichnen, sondern aus den Depositen. Sie erhalten mit Zinsen berechnet, für ihre Anleihe von noch nicht 800 Millionen Goldmark etwa 1000 Millionen wieder. Sie machen ein Geschäft von 200 Millionen Goldmark Gewinn.

Das Deutsche Reich verpflichtet sich, die Anleihe zurückzuzahlen mit Zinsen, den Betrag von ungefähr 1 Milliarde Goldmark, wofür? Dafür, daß die deutschen Industriellen ihre Waren bezahlt bekommen haben. Womit? Mit der ins Ungeheuerliche gesteigerten Ausbeutung des deutschen Proletariats, mit der scharfen Belastung der deutschen Kleinbürger und Kleinkapitalisten

Nehmen wir die internationale Großbourgeoisie als Ganzes, so zeigt sich folgendes Bild: die Ware bleibt im Wert von 800 Millionen Goldmark in ihrer Hand. Die Uebertragung des Geldes von den amerikanischen an die deutschen Kapitalisten zeigt sich als reine Buchungsmaßnahme. Aber für diese Umbuchung wird das deutsche Proletariat, die deutschen Kleinbürger, mit dem Betrag von einer Milliarde Goldmark belastet. Für dieses Riesengeschäft von einer Milliarde Goldmark, das die internationale Großbourgeoisie macht — wobei es hier nicht auf die Verteilung dieses Riesengewinnes ankommt —, wird die Ausbeutung des deutschen Proletariats durch das Vielfache gesteigert, werden die indirekten Steuern, die Zucker- und Genußmittelpreise erhöht, findet Lohnkürzung durch allgemeine Preissteigerung vermittels der Eisenbahntarif- und der Zollerhöhungen statt.

Die Bedingungen des Sachverständigengutachtens sind auf der Londoner Konferenz noch verschärft worden. Mit der Wiedereinführung der 26prozentigen Reparationsabgabe durch die englische Regierung zeigt sich klar die Tendenz, die mit dem Sachverständigengutachten verfolgt wird: Stillegung eines großen Teiles der deutschen Industrie. (Fortsetzung folgt.)

Imperialistische Kolonialpraxis

Wie England den indischen Befreiungskampf hintertreibt

Inszenierung von Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern

Kalkutta, 25. August.

Während eines Hindufestes in Janmashtani versuchten Fanatiker in einen Tempel zu dringen. Die Polizei eröffnete gegen sie das Feuer. Es entstand ein Gefecht, bei dem ein indischer Beamter, 20 Polizisten und neun Fanatiker verwundet wurden.

Im Hintergrund dieser Kämpfe, die sich größtenteils zwischen Hindu und Mohammedanern abspielen, steht die regierende englische Bureaukratie in Indien, (an ihrer Spitze Lord Reading, ehemals ein gewöhnlicher Sterblicher namens Rufus Isaacs, den Georg V. zum Vizekönig von Indien machte) welche es verstanden hat, die große Einheitsfront, die sich bei den aktiven und passiven Kampfbewegungen gegen England gebildet hatte, augenblicklich wieder zu spalten. Es ist gar nicht glaubhaft, daß der Ausbruch provokatorischer Handlungen zur Zeit der großen Festlichkeiten der beiden Religionsgemeinschaften zu genau derselben Zeit in verschiedenen Provinzen nur das Ergebnis eines Zerwürfnisses ist. Auch führende Indier, die in jeder Provinz und jeder größeren Stadt Hindu-Moslim-Komitees gebildet haben, um solche Zusammenstöße nach Möglichkeit zu verhindern, sind dieser Ansicht.

Für einen sich im Dunkeln haltenden Menschen ist es außerordentlich einfach, Zwischenfälle zu provozieren, da solche Wirren schon bei so einfachen Mitteln losbrechen, wie wenn Hindu-Musik vor einer mohammedanischen Moschee gespielt wird, wenn die Mohammedaner eine Kuh vor den entrüsteten Augen der Hindu-Gläubigen schlachten oder durch sensationelle Berichte von der Ermordung von Kindern einer Glaubensgemeinschaft durch die andere.

Und diese inneren Zusammenstöße, die von der englischen Bureaukratie in Indien veranlaßt sind, geben dieser die gewünschte Veranlassung, ihre Diktatur über Leben und Tod eines wehrlosen Volkes weiter auszuüben, da „das indische Volk ja bewiesen hat, Ruhe und Ordnung nicht halten zu können ohne die bewaffnete Polizei, ohne die Soldateska, ohne die Maschinengewehre und die Panzerautos der regierenden englischen Macht".

Wahlbetrug in den französischen Kolonien

Paris, 25. August.

Kürzlich hat H. Séjourne, Industrieller in Paris, Kandidat von Martinique für die Kammerwahlen, eine Klage beim Gerichtshof der Seine wegen Wahlbetrugs gegen den Gouverneur von Martinique, eingereicht. H. Boisneuf, früherer Abgeordneter von Guadeloupe, und H. Jean Calmot, früherer Abgeordneter von Guyane, sind nun diesem Beispiel gefolgt und haben dem Untersuchungsrichter der Seine eine doppelte Klage wegen Wahlbetrugs, der erste gegen den Gouverneur von Guadeloupe, der zweite gegen den Gouverneur von Guyane, eingereicht.

Die Wahlen in den Kolonien (in diesem Fall handelt es sich um den französischen Insel- und Festlandsbesitz im Norden Südamerikas) sind ohnehin nur ein einziger großer Betrug. Die vielen Millionen eingeborener Bevölkerung sind von jedem Wahlrecht ausgeschlossen, die Handvoll weißer Franzosen wählt, — um eine Vertretung der Kolonien vorzutäuschen.

Bei diesen Scheinwahlen wird noch weit mehr als bei den Wahlen in Frankreich selbst mit allen Mitteln der Bestechung gearbeitet. Die Regierung Herriot findet den „demokratischen" Zustand, bei dem 100 bis 120 Millionen farbige Franzosen ohne jeden Vertreter in der Kammer bleiben, ebenso selbstverständlich und in der Ordnung wie alle ihre Vorgängerinnen. Imperialistische Kolonialpolitik!

Auch Herriot veranstaltet Flottenübungen

Paris, 25. August.

Die Uebungen der Geschwader des Mittelmeeres, an den Küsten der Provence, werden zwischen dem 9. und 19. September stattfinden. Das Programm der verschiedenen Uebungen wird vom Marineminister festgelegt werden.

Die „Religion des Amerikanismus"

Trotzky über die Henkerrolle der europäischen Sozialdemokraten

Die „Prawda" veröffentlicht aus einer Rede Trotzkis eingehende Darlegungen über die Bestrebungen der amerikanischen Hochfinanz in Westeuropa. Ueber die Rolle der Bankiers in London äußert sich Trotzki wie folgt:

„Was will das amerikanische Kapital, was sucht es? Er versucht, sagt man, den europäischen Markt für sich wiederherzustellen, es will schließlich Europa zahlungsfähig machen. Wie, auf welchem Wege und in welchen Formen? Das amerikanische Kapital kann doch Europa nicht vollständig konkurrenzfähig machen, es kann besonders nicht zulassen, daß England und noch weniger Deutschland und Frankreich, vor allem Deutschland, ihren Weltmarkt zurückerobern, und zwar deswegen, weil es dem amerikanischen Kapital selber zu eng geworden ist, indem es jetzt zu exportieren begonnen hat.

Das amerikanische Kapital will unseren ganzen Planeten beherrschen, das ist es, wonach es sucht. Und was soll es mit Europa tun? Man sagt, es soll Europa „befrieden". Aber wie? Unter eigener Hegemonie? Was heißt das? Das heißt, Europa zu erlauben, sich zu entwickeln, aber in vorher bestimmten Grenzen, und ihm einen ganz bestimmten Anteil am Weltmarkt zuweisen. — Wenn man ganz bestimmt auf die Frage antworten wollte, was das amerikanische Kapital will, so muß man sagen, es will Europa auf Nation setzen.

Wer aber ermöglicht den amerikanischen Plan? Vor allem möchte ich die Frage erklären, welchen Platz das amerikanische Kapital zuweist den europäischen Radikalen, den Sozialdemokraten in dem gleichen Europa, das auf Nation gesetzt werden soll. Die Sozialdemokratie bekommt den Auftrag — ich sage das nicht der Politik wegen —, diese neue Situation zu schaffen, d. h. politisch dem amerikanischen Kapital zu helfen, Europa auf Nation zu setzen. Was tun denn in Wirklichkeit die deutschen Sozialisten, die französischen und die Sozialisten ganz Europas? Sehen wir zu. Sie erziehen sich selber und versuchen, die Arbeitermassen zu erziehen in der Religion des Amerikanismus. Das heißt nicht, daß sie alle Quäker werden, das heißt aber, daß sie aus dem Amerikanismus aus der Rolle des amerikanischen Kapitals in Europa eine neue politische Religion machen. Sie lehren die Arbeitermassen, daß ohne die Rolle des amerikanischen Kapitals und ohne dessen Anleihen Europa nicht bestehen könne."

Ueber die Entwicklung, die durch die Verwirklichung des Sachverständigengutachtens ausgelöst wird, äußert sich Trotzki wie folgt:

„Je mehr die Entwicklung auf diesem Wege fortschreiten wird, um so schwerer wird es der europäischen Sozialdemokratie werden, das amerikanische Evangelium vor den europäischen Arbeitermassen zu verkünden, um so zentralisierter werden die Arbeiter gegen diesen Kapitalisten aller Kapitalisten, das amerikanische Kapital, ihren Widerstand organisieren. Die Losung der allgemeinen europäischen Revolution und ihrer Staatsform, der Vereinigten Staaten von Europa, wird dann um so unmittelbarer und stürmischer die Arbeiterschaft ergreifen."

Wenn die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft sage: „Wir, das zerstückelte, durch den Vertrag von Versailles zerrissene Europa, können nicht ohne Amerika leben," so würden die Kommunisten antworten: „Wir sind nicht verpflichtet, das zerstückelte Europa zu bleiben. Wir können das geeinte Europa werden. Das revolutionäre Proletariat kann Europa vereinigen und es umwandeln in die proletarischen Vereinigten Staaten Europas

Massenentlassungen und Unruhen

in Polnisch-Oberschlesien

Riesige Steuer- und Zollunterschlagungen der Unternehmer

(Eig. Drahtb.) Kattowitz, 25. August.

Die Arbeiterentlassungen nehmen ihren Fortgang. So wurden im Hüttenwalzwerk Zawadzki neuerdings Teile der Belegschaft entlassen. In Friedenshütte kam es am Freitagabend zu Unruhen, die sich aber mehr gegen die in Deutsch-Oberschlesien wohnhaften Arbeiter richteten.

Es bestätigt sich die Nachricht, daß im oberschlesischen Hüttenwesen ungefähr fünfzehn Prozent der vor dem Streik beschäftigten Arbeiter nicht wieder eingestellt wurden. Die Reduzierung hängt mit der wirtschaftlichen Krisis zusammen und war schon vor dem Streik in Aussicht genommen. Die Regierung erklärt, der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Arbeitslosen beizustehen.

Nicht nur dieses Stück leisteten sich die Unternehmer, sie neppen auch die Regierung nach Strich und Faden.

Wie die ostoberschlesischen Blätter melden, haben sich die Hohenlohewerke außer Steuerhinterziehungen auch noch Zollunterschlagungen großen Umfanges zuschulden kommen lassen. Wie von gut unterrichteter Seite behauptet wird, haben die Unterschleife der Hohenlohewerke einen so riesigen Umfang, daß zur Deckung der gesetzlichen Strafe für diese Hinterziehungen das Vermögen der ganzen Aktiengesellschaft kaum ausreichen dürfte.

Kommunistenverhaftungen in Polen

(WTB.) Kattowitz, 25. August.

Laut Kattowitzer Zeitung wurden in Warschau im Lokal des Vereins der Textilarbeiter 150 Personen verhaftet, weil dort Versammlungen der kommunistischen Jugend abgehalten wurden.

So sieht der südslawische „Linkskurs" aus

Bewaffnetes Vorgehen gegen die kroatisch-republikanische Bevölkerung

(WTB.) Agram, 25. August.

Hier fand eine Versammlung von Sokolorganisationen (südslawische Sportorganisationen) statt, an der mehr als 8000 Personen teilnahmen. Auf Einladung der südslawischen Regierung waren auch Gäste aus der Tschechoslowakei und Polen erschienen. Die kroatischen Vertreter der Sportorganisationen wollten an einer monarchistischen Demonstration nicht teilnehmen und wurden in ihrer Weigerung durch die Agramer Gemeinde unterstützt. Es fand eine republikanische Gegendemonstration statt. Bei ernsten Zusammenstößen, in welche die Polizei und das Militär eingriffen, wurden zwölf Personen schwer und eine Anzahl leicht verletzt, darunter auch einige tschechische Gäste, welche die monarchistische Demonstration unterstützten. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt, und Maschinengewehre wurden auf den Hauptstraßen und Plätzen aufgestellt. Militärpatrouillen durchziehen die Stadt, um die Ordnung bis zur Abreise der Sokol aufrechtzuerhalten.

*

Die von den Monarchisten und dem mit ihnen verbündeten Militär provozierten Zusammenstößen zeigen, daß die Dynastie der Karageorgiewitsch garnicht daran denkt, Kroatien wirklich die Autonomie zu geben und einen anderen als den bisher eingeschlagenen Weg zu gehen. Dieses Vorgehen in der Hauptstadt Kroatiens gegen die durchweg republikanische Bevölkerung zwingt Stephan Raditsch, auf eine Entscheidung zu drängen, di eentweder die Regierung zu einer scharfen Kursänderung zwingen oder aber die Bauernpartei mit Davidowitsch brechen lassen muß.

Die griechische Konterrevolution

Belagerungszustand in Athen

(TU.) Belgrad, 25. August.

Ein großer Teil der griechischen Flotte ist auf die Seite des monarchistischen Kapitäns Kolialexis übergegangen. Die Bewegung artet zu einer monarchistischen Revolution aus. Als Gegenmaßregel hat die Regierung sämtliche Oppositionsblätter verboten. Nach einem Befehl des Polizeipräsekten in Athen darf sich niemand nach 9 Uhr auf der Straße sehen lassen. In Saloniki hat eine Sympathiekundgebung für den Kapitän stattgefunden. Die Aufregung im Lande ist sehr groß.

Die Teuerung in der Tschechei

(TU.) Prag, 25. August.

Der Ernährungsminister Franke erklärte, daß die Regierung die geplanten Preiserhöhungen nicht zulassen werde und ernstliche Maßnahmen gegen die Teuerung vorbereite.

Postbezieher!

Gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. September pünktlich ein. Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0003

Die Parteimitgliedschaft und die Gewerkschaftsfrage

III.

AE. Wenn die mit den Gewerkschaftsbeschlüssen in der Gewerkschaftsfrage unzufriedenen Genossen ihre schon in den vorherigen Artikeln behandelten Einwände nicht mehr aufrechterhalten können, dann gebärden sie sich besonders „radikal“, indem sie sagen:

„Der 5. Weltkongreß hat politisch scharf gegen den Opportunismus entschieden, aber auf gewerkschaftlichem Gebiet hat er sich auf die alte reformistische Taktik festgelegt, indem er uns zwingen will, durch Eintritt in die alten Gewerkschaften mit den reformistischen Amsterdamer Verrätern zusammzugehen. Zwingt man uns aber auf gewerkschaftlichem Gebiet zu einem Zusammengehen mit den Reformisten, dann muß daraus logischerweise, ob wir wollen oder nicht, die Verbindung mit den Sozialdemokraten auf politischem Gebiet und letzten Endes die Liquidierung der Kommunistischen Partei folgen.“

Schon der Gebrauch dieses Einwandes zeugt von einem, den meisten Genossen sicher nicht zum Bewußtsein gekommenen Mangel an logischem Denken und der Konstruierung eines Unterschieds, der für eine Kommuistische Partei niemals bestehen kann. Denn die Gewerkschaftsfrage ist nicht eine besondere Sache, sondern sie ist ein Teil und ein sehr wichtiger, der ganzen kommunistischen Politik und Taktik, also eine eminent politische Frage. Hätte sich also nach Auffassung dieser Genossen der Kongreß in der Gewerkschaftsfrage geirrt, dann müßten sie konsequenterweise auch offen den Vorwurf erheben, daß der Kongreß politisch falsche Beschlüsse gefaßt hat.

Aber noch schlimmer als diese Verirrung ist die Begründung dieses Einwandes. Denn die Genossen zeigen damit, daß sie sich über die uralte Frage in der Arbeiterbewegung.

Partei und Gewerkschaft

vollkommen im Unklaren sind. Was ist und was bezweckt eine Partei, und was ist und was bezweckt eine Gewerkschaft? Die Partei, und ganz besonders die Kommunistische Partei, ist die Zusammenfassung des Vortrupps des Proletariats, der, wohl mitten in der Arbeiterklasse stehend, sich darüber klar ist und klar sein muß, daß der revolutionäre Kampf nur von einer Partei geführt werden kann, die in sich vollkommen geschlossen ist und jeden Andersdenkenden aus ihren Reihen fernhalten bzw. ausstoßen muß. Das heißt, die Kommunistische Partei muß die Führerin des Proletariats sein und wird naturgemäß immer nur die Elite, aber niemals das gesamte Proletariat umfassen.

Eine Gewerkschaft dagegen ist die Organisation der ganzen Klasse. Ja, eine Gewerkschaft ist erst dann eine wirkliche Gewerkschaft, wenn sie möglichst alle Proletarier des betreffenden Berufs, Industriezweiges usw. ohne Unterschied der politischen Gesinnung oder politischen Indifferenz zusammenfaßt. Das ist nicht nur durchaus möglich, sondern durch die Praxis allgemein bestätigt. Denn im allgemeinen kämpfen die Proletarier in den Gewerkschaften um ihre unmittelbaren Lebensinteressen, um mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit usw. gegen ihren unmittelbaren Gegner, den Unternehmer. Alles Dinge, bei denen das Interesse der Arbeiter, mögen sie politisch die verschiedensten Auffassungen vertreten, ein gleich starkes ist. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Gewerkschaften politisch neutral sind oder sein sollen. Im Gegenteil, wir sagen, daß jeder gewerkschaftliche Kampf selbst um die kleinsten Forderungen — gegen das Kapital nur erfolgreich geführt werden kann — mit revolutionären Methoden, und müssen daher danach streben, daß die Führung der Gewerkschaften nicht eine politisch neutrale, denn das ist im kapitalistischen Staat bürgerlich, sondern eine revolutionäre ist. Und hierin liegt der Hebel, an dem wir ansetzen müssen, hier liegt der Punkt, den auch die SPD. längst erkannt hat, und ihre Taktik seit Jahrzehnten demgemäß einrichtet.

Die SPD. hat niemals gesagt, wir können in den Gewerkschaften mit diesen und jenen bürgerlich eingestellten Elementen nicht zusammengehen. Sie hat die Aufnahme in die Gewerkschaften niemals von einem politischen Bekenntnis abhängig gemacht, und trotzdem hat sie es glänzend verstanden, die Führung in den Gewerkschaften zu behalten und diese zu einem Instrument für ihre Politik zu machen. Anders ist die Stellungnahme der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu der Aufnahme, bzw. zu dem Verbleiben der Komunisten in den Gewerkschaften. Sie wissen sehr genau, daß es mit ihrer Führung in den Gewerkschaften sehr bald vorüber ist, wenn die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Proletarier geschlossen in die Gewerkschaften gehen und dort für ihre Sache wirken. Bürgerlich gesinnte Elemente hat die SPD. in den Gewerkschaften nicht zu fürchten, weil die Masse hier ganz klar sieht, daß diese bürgerlich gesinnten Elemente politisch nicht ihr Interesse vertreten. Anders bei den Kommunisten, sie sind die Vertreter der einzigen und wirklichen proletarischen Partei, und je mehr sie sich in den Gewerkschaften betätigen, um so mehr und um so sicherer wird ihnen die Masse folgen und sich abkehren von der kleinbürgerlichen SPD. Was liegt also näher für die sozialdemokratisch eingestellten Gewerkschaftsführer, als die ihnen gefährlich werdenden Kommunisten aus den Verbänden hinauszuwerfen. Sie sind daher die geschworenen Feinde der gewerkschaftlichen Einheit.

Aber weil die Proletarier instinktiv fühlen, daß sie in dem Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen nur erfolgreich kämpfen können, wenn in einem Betrieb nicht zwei, drei und mehr Gewerkschaften, sondern die gewerkschaftliche Einigkeit hergestellt ist, deshalb der Schrei der Masse nach Einheit. Und deshalb auch die demagogischen Redensarten der Amsterdamer und Soialdemokraten für die gewerkschaftliche Einigkeit. Sie wissen genau, daß, wenn sie offen einen Teil des Proletariats, d. h. den kommunistischen, generell von den Gewerkschaften fernhalten und damit die Uneinigkeit propagieren wollten, die Masse ihnen die Gefolgschaft versagen würde. Nichts ist daher der SPD. angenehmer, als wenn sie durch freiwilligen Austritt oder gar gewerkschaftliche Sondergründungen von Kommunisten mit einem demagogischen Schein von Recht auf die „kommunistischen Gewerkschaftsspalter“ hinweisen kann.

Aus allen diesen Gründen hat die Kommunistische Internationale jederzeit die Einheit der Gewerkschaftsbewegung betont und trotz allen Parteispaltungen jederzeit Gewerkschaftsspaltungen bekämpft. Und wenn sie jetzt nach den verschiedenen Schwankungen, die speziell in den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands in den letzten Monaten zu Tage traten, mit aller Schärfe und Eindeutigkeit die Losung: Hinein in die Gewerkschaften und Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit auf dem 5. Weltkongreß und auf dem Kongreß der RGI. herausgab, so einmal, um den Reformisten das demagogische Argument der kommunistischen Gewerkschaftsspaltung aus der Hand zu schlagen und zum andern durch die gewiß nur durch Kampf zu erreichende gewerkschaftliche Einheit die reformistische Hochburg in den Gewerkschaften zu unterminieren und die Gewerkschaften zu revolutionären Organen unter der Führung der Kommunisten umzugestalten. Daß dabei die verschiedensten Methoden der Massenmobilisation und unter gewissen Umständen auch Spitzenverhandlungen notwendig sind, muß jeder denkende Kommunist verstehen und begreifen. Die Gewerkschaften sind da, und wir haben mit dieser Tatsache zu rechnen, dabei aber von einer „Ehe“ und von einem „Bündnis“ mit den Reformisten zu reden, ist doch nur ein gedankenloser Vorwurf.

Gewerkschaft und Partei sind zwei verschiedene Dinge, aber wenn wir als Partei die Revolution führen und dabei siegen wollen, dann müssen wir die Gewerkschaften, wenn auch nicht den Apparat, so doch die Masse hinter uns haben. Das ist das revolutionäre Ziel der von unseren Freunden in den eigenen Reihen als opportunistisch verschrienen Taktik.

Ortsausschuß Bautzen des ADGB. für die gewerkschaftliche Einheit!

(Eig. Drahtm.) Bautzen, 26. August.

Der Ortsausschuß Bautzen des ADGB. nahm Stellung zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung und faßte folgende Entschließung:

Beschluß:

„Der Ortsausschuß Bautzen des ADGB. fordert den IGB. auf, ebenso wie die RGI. für ein baldiges Zustandekommen einer internationalen Konferenz zu sorgen, ohne daß von einer Seite Bedingungen gestellt werden. Die Delegierten des Ortsausschusses sind der Auffassung, daß nur so die Plattform des Klassenkampfes gefunden werden muß.

Ortsausschuß Bautzen des ADGB.“

Neues vom Tage

Die Großmühle in Grimma niedergebrannt

Am Montagnachmittag brach in der Grimmaischen Großmühle Feuer aus, das sich rasch über das ganze Gebäude erstreckte. Zahlreiche Feuerwehren arbeiteten an der Bekämpfung des Feuers. Sie wurden daran aber durch die furchtbare Hitze des Feuers sehr behindert. **Die Mühle ist gänzlich zerstört.** Die großen Getreide- und Mehlvorräte sind mit verbrannt. Der Schaden ist sehr groß.

Vor Schrecken irrsinnig geworden. Nach einer Meldung aus Berlin geriet die Ehefrau Gutskamp mit ihrer 19 Jahre alten unverheirateten Schwester, auf die sie eifersüchtig war, in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf sich das 19jährige Mädchen aus dem Fenster stürzte und mit zerschmetterten Gliedern auf dem Straßenpflaster liegen blieb. Darüber verfiel Frau Gutskamp in Krämpfe. Die herbeigerufene Rettungswache stellte fest, daß sie vor Schreck wahnsinnig geworden war. Sie wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Sechs Gerichtsurteile um fünf Mark. Ein Bebraer Heilkundiger war vom Finanzamt wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 5 Mark verurteilt worden. Die Kasseler Strafkammer verwarf die Berufung. Nachdem sich dann Reichsgericht, Finanzhof und Oberlandesgericht mit der Sache befaßt hatten, wurde der Angeklagte jetzt von der Kasseler Strafkammer freigesprochen. Die „Gerechtigkeit“ hat gesiegt, die Kosten trägt die Staatskasse.

Schweres Autounglück in der Mark. In Biesenthal in der Mark fuhr ein Auto, in dem sich der Bürgermeister und drei Magistratsmitglieder der Stadt Biesenthal befanden, in einer Kurve durch Versagen der Steuerung gegen einen Baum. Magistratsrat Kadow und Oberlehrer Andrich wurden sofort getötet. Bürgermeister König und Magistratsrat Metternich wurden schwer verletzt. Der Autoführer, der gleichzeitig Besitzer des Wagens ist, ist mit leichten Verletzungen davongekommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Marokko. Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Zug Taurirt—Tasa auf einer abschüssigen Strecke einige Meter vor einer Brücke, die über eine Schlucht führt, entgleist. 23 Reisende, darunter 8 Militärpersonen und 15 Eingeborene, wurden verletzt, 8 von ihnen schwer.

29 Tote bei einem Brückeneinsturz. Nach einer vom Petit Journal veröffentlichten Meldung aus Dakat (Französisch Senegal) ist nach starken Regenfällen eine Brücke eingestürzt. Der Distriktsführer und 28 Eingeborene sind dabei ums Leben gekommen.

Furchtbarer Tod einer Radfahrerin. In Kopenhagen fuhr eine junge Radfahrerin so unglücklich gegen ein Automobil, daß ihr durch die Schutzvorrichtung der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde, der in den Schoß des Chauffeurs fiel.

Eisenbahnunglück in Portugal. Auf der Küstenstrecke in der Nähe von Lissabon stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Sechs Passagiere wurden getötet, vierzig verletzt.

Der Löwe als Lebensretter. Eine atemraubende Szene spielte sich kürzlich in dem Zirkus Hagenbeck und Wallace in der amerikanischen Stadt Bedford (Indiana) ab. Der Tierbändiger John Helliot wurde während der Vorführung eines Dressuraktes in dem Riesenkäfig der Arena von einem Löwen angefallen. In diesem kritischen Augenblick rief er einen großen nubischen Löwen, der sein besonderer Liebling war, bei seinem Namen Hector zur Hilfe auf. Hector saß in einer Ecke, ohne sich um die Vorführung zu kümmern, wurde aber sofort aufmerksam, als er seinen Namen hörte, sprang mit ein paar Riesensätzen heran und trieb den anderen Löwen von seinem Herrn weg. Der Tierbändiger war im Nu frei und konnte sich aus dem Käfig retten. Die beiden Raubtiere, die sich gegenseitig festgebissen hatten, mußten von außen her durch Peitschen und eiserne Stangen auseinandergetrieben werden.

Neuyork, 22. August. (TU.) Wie das Observatorium von Bowli in Arizona gestern einwandfrei festgestellt hat, herrscht auf dem Planeten Mars dieselbe normale Temperatur wie auf der Erde; außerdem sind fast alle anderen Bedingungen für die Lebensfähigkeit von Organismen auf dem Mars vorhanden.

Unsere Leser bitten wir, den August-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen

---

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Kommunistische Elternbeiräte der Lutherschule, Huttenschule und Liebenauer Schule Freitag abend 8 Uhr in Löhs Hof, Merseburger Straße: **Sitzung.**

Kommunistische Genossenschaftsräte. Freitag, 29. August, abends 8 Uhr: **Sitzung im** Verwaltungsgebäude.

Halle-Saalkreis

Dieskau. Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr, bei Meyer: **Mitgliederversammlung.**

Passendorf. Donnerstag, 28. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Drei Lilien“: Mitgliederversammlug.

Kreis Merseburg

Merseburg. Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr, „Lindenhof“: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch, 27. August, abends 8 Uhr: **Sitzung der Kreisleitung.**

Wertvolle Bücher für den Arbeiter

Gilbeaux: Lenin
Lenin-Sinowjew: Gegen den Strom
Lenin: Staat und Revolution
Trotzki: Die russische Revolution 1905

Zu beziehen durch die

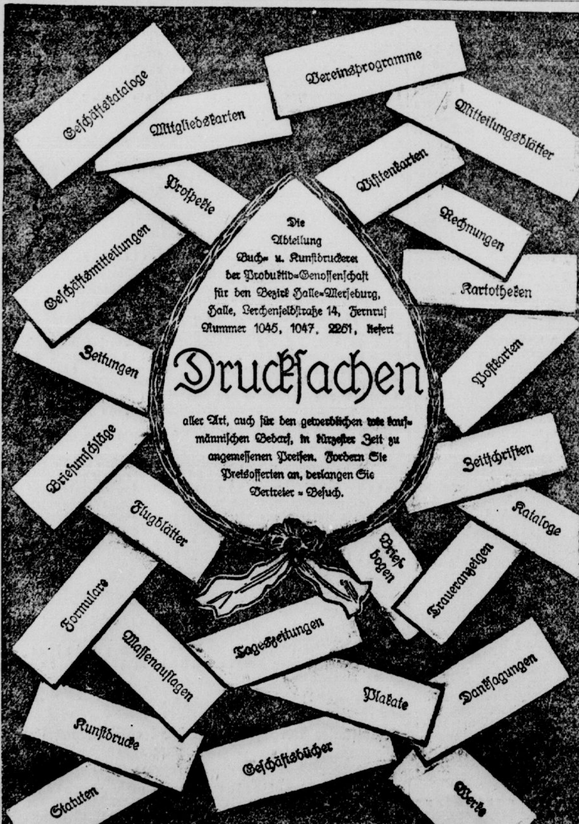
Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen

In **Bitterfeld** befindet sich die Expedition des

Klassenkampf

beim Genossen **Alfred Brauer, Burgstraße 41**

Bestellungen auf den „Klassenkampf“ sowie Anzeigen- und Druckaufträge aller Art werden daselbst entgegengenommen. Auch erfolgt durch unseren Vertreter die Lieferung aller kommunistischen sowie schöngeistigen Literatur, sämtlicher Zeichenutensilen, Schul- und Schreibwarenartikel. Nicht auf Lager befindliche Bücher werden ohne Preisaufschlag schnellstens besorgt.



Volkspark

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr:

Gr. Doppel-Konzert

des **Wittekind-Orchester** unter gütiger Mitwirkung des **„Freien-Sänger-Chors“** und des Gesangvereins **„Gutenberg“**

2503

Damentaschen
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.
255

Stadt-Theater

Donnerstag 7 Uhr: Eröffnungs-Vorstg.
„Faust“ 1. Teil
Freitag 7½ Uhr:
„Othello“
Oper von Verdi

Futterschwein
90 Pfd. schwer steht zum Verkauf
Holleben,
Bismarckstraße 1
2501

Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“
Freitag, 29. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark“:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Bericht vom Bundestag
2502

Anna Theuring

Gr. Wallstr. 42 Tel. 4263

kauft ständig alle Sorten Rohprodukte wie

Lumpen, Papier, Bücher, Zeitungen, Knochen usw.

Ein Weg zu mir ist lohnend
Kostenlose Abholung 2500

Zeitungsträger

für **Wiehe** (Bezirk Halle) für **sofort gesucht.** Gewissenhafte **Bewerber wollen sich bei Frau E. Tuschner in Wiehe melden.**

Zeitungsträger

für **Clobigkau** per sof. **gesucht.** Meldungen beim Gen. **Haubenreißer, Gehüfte bei Mücheln.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Die rote Fahne vom Schloßberg

„Endlich ist sie weg", hörte ich einen Spießer rufen. Ja, es ist verschwunden, unser rotes Banner im Wipfel des Baumes. Ein Greuel war es allen Hakenkreuzlern. Mancher Fluch galt ihm. Am Tage fehlte der Mut, unser Sturmzeichen herunterzuholen. Denn da unten, am Schloßberg, gibt es Proletarierfäuste, die manchem dieser Helden schon eine Abreibung zuteil werden ließen. Im Dunkel der Nacht, nach Verbrecherart, kamen sie und stahlen unser Tuch. Wie wird da ihr deutsches Herz erzittert sein, als sie im schwankenden Baumwipfel hingen.

Glaubt nicht, Ihr Helden, die rote Gefahr gebannt zu haben! Spartakus' Geist lebt in uns und unseren Hütten da unten am Roten Platz, wie ihn Proletenjugend taufte. Neuer Schmuck wird ihn zieren, für Euch Helden dann aber unerreichbar.

O. H., Halle.

Die „Volksfürsorge"

Elf Jahre sind verstrichen, seitdem die von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene Volksversicherung unter dem Namen „Volksfürsorge" den Geschäftsbetrieb eröffnete. Zuerst mußte ein harter Kampf um die Zulassung des von den Arbeiter-Organisationen gegründeten Unternehmens bestanden werden. Das in den privatkapitalistischen Versicherungs-Unternehmungen investierte Kapital sah seine Profite bedroht, Grund genug, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Absichten der Arbeiter-Organisationen, wenn irgendmöglich, zu vereiteln. Zunächst setzte man auf gegnerischer Seite die Hoffnungen darauf, daß man die Neugründung als sozialdemokratisches Partei-Unternehmen denunzierte, wodurch die Genehmigung seitens der Aufsichtsbehörde hintertrieben werden sollte. Nachdem man dann auf jener Seite hatte, daß nach den bestehenden Gesetzen diese Hintertreibungsversuche kaum Aussicht auf Erfolg hatten, ging man dazu über, sogenannte „nationale" Gegengründungen zu schaffen. Der damalige erste Beamte des Reiches, Herr v. Bethmann-Hollweg, und Herr v. Delbrück, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, mußten Namen und Einfluß dazu leihen, die Gefahr für die bedrohten Profite durch die „nationale" Gegen-Volksfürsorge unter dem Namen „Deutsche Volks-Versicherungs-A.-G." zu bannen.

Mit größter Schärfe und wenig schönen Mitteln nahm den Kampf gegen die „Volksfürsorge" auch der bekannte ehemalige Generallandschaftsdirektor und nachmalige Putschist Kapp auf!

Es half alles nichts! Am 6. Mai 1913 hatte das Aufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung erteilt, und am 1. Juli 1913 wurde der Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge" eröffnet. Am 31. Dezember desselben Jahres waren bereits rund 75 000 Versicherungsanträge erzielt, ein Erfolg, der nicht nur ein ehrendes Zeugnis für die Tätigkeit der Gründer und Mitarbeiter des jungen Arbeiter-Unternehmens darstellte, sondern auch den Beweis lieferte für die Notwendigkeit der „Volksfürsorge".

War für die Gründung der „Volksfürsorge" der Gedanke leitend: die Volksversicherung nur im Interesse der Versicherten! — so konnte schon auf der ersten Generalversammlung im Juni 1914 der Beweis für die Ernsthaftigkeit und Durchführbarkeit dieses Gedankens erbracht werden. Schon im ersten Geschäftsjahr war ein Ueberschuß erzielt und aus diesem konnten 5 Prozent der Jahresprämien den Versicherten als Gewinnanteil gutgeschrieben werden, während die Aktionäre, das sind die Gewerkschaften und Genossenschaften, auf die Verzinsung des Aktienkapitals verzichteten. Inzwischen war die Zahl der Versicherten auf 150 000 angewachsen.

Dann brach der Weltkrieg aus. Zunächst war die weitere Entwicklung des Unternehmens unterbunden. Der Organisations-Apparat war durch die Einberufung der meisten Funktionäre zum Heeresdienst gestört. Aber nur auf kurze Zeit. Die Frauen der Einberufenen stellten sich in großer Zahl in den Dienst der Sache und halfen mit bewundernswerter Opferwilligkeit, das junge Unternehmen über die schlimme Gefahr hinwegzubringen. Das Kriegsjahr 1915 brachte schon wieder einen Zugang von rund 10 000 Versicherungen. Das Jahr 1916 aber brachte 23 500 neue Anträge.

Die folgenden Jahre brachten steigende Zahlen von Neuanträgen, die den Bestand bald auf eine Million und darüber hinaus brachten.

Die dann eingetretene Entwertung der Papiermark machte die Erhöhung der bestehenden Versicherungen auf den Verhältnissen angepaßte Versicherungssummen zur gebieterischen Notwendigkeit. Immer wieder mußte die Erhöhung der Prämien und Versicherungssummen aufs Neue einsetzen, um den Versicherten noch einen wirksamen Versicherungsschutz gewähren zu können.

Während die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften die Volksversicherung aufsickten, da sie ihnen nichts mehr einbringen konnte, hat die „Volksfürsorge" es fertiggebracht, ihren Versicherten den Versicherungsschutz zu erhalten.

Wie viel Sorgen das den verantwortlichen Leitern, wie viel Arbeit und Opfer das den Funktionären des Unternehmens bereitete, davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Das Schlimmste dürfte heute überstanden sein.

Im November 1923 begann die „Volksfürsorge" mit der **Umstellung des Versicherungsbestandes auf Rentenmark.** Daß die bis dahin einbezahlten Prämien durch die Inflation entwertet waren, wurde von törichten Menschen der „Volksfürsorge" zur Last gelegt. Denkende Arbeiter und Arbeiterfrauen wissen, wer die Schuld trägt. Die „Volksfürsorge" hat jedem Versicherten die Gelegenheit geboten, die Versicherung umstellen zu lassen. Wer diese Gelegenheit benützte, wird keinen Schaden haben, wer den Einflüsterungen unverantwortlicher und manchmal böswilliger Elemente folgte, der mag sich bei diesen bedanken, wenn er schließlich Schaden hat.

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im „Volkspark":

Große Funktionärsitzung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß sämtliche Funktionäre der Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften erscheinen. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Kommunistische Partei (Ortsgruppe Halle)

Heute kann gesagt werden: der überwiegende Teil der bei der Volksfürsorge abgeschlossenen Versicherungen ist in die neuen Verhältnisse hinübergeleitet. Das Unternehmen steht auf festen Füßen und ist selbst gegen eine nochmalige Inflation gesichert durch die bei den Kapitalanlagen angewandte Goldklausel, soweit eine Sicherung nur möglich ist.

In all den Schicksalsschlägen und Wirrnissen, die dem Arbeiter-Unternehmen „Volksfürsorge" beschieden waren, ist es keinen Augenblick wankend geworden in dem Bestreben, seiner Aufgabe gerecht zu werden: **reformierend auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu wirken, die Versicherung dem Versicherten zum Selbstkostenpreis zu gewähren, jede private Nutznießung an dem Ergebnis des Geschäfts auszuschließen und alle Gewinne des Unternehmens restlos den Versicherten zukommen zu lassen, damit also den Gedanken der Sozialisierung auf diesem Gebiete praktisch zur Anwendung zu bringen.**

Daß hier ernstes Wollen auch mit Können verbunden ist, beweist die Tatsache, daß die „Volksfürsorge" seit der Umstellung auf Rentenmark bereits

eine halbe Million Mark an Versicherungssummen bei Sterbefällen ausbezahlt hat.

Wie gesagt: das Schlimmste ist überwunden. Jetzt heißt es wieder: vorwärts und aufwärts! Aus den Reihen der Gewerkschafter und Genossenschafter müssen sich wieder neue Mitarbeiter finden. Eigentlich müßte jeder Gewerkschafter und Genossenschafter die Verpflichtung zur Mitarbeiterschaft empfinden. Gilt es doch nicht allein, die Versicherung ihres Erwerbscharakters zu entkleiden, sie gemeinnützig zu machen, es gilt auch, dem Arbeiter, der Arbeiterfrau schwere Sorgen zu mildern: die Sorge um die alten Tage und ganz besonders die Sorge um die Existenz der Familie nach dem Tode ihres Ernährers.

Zum Betrug der Erwerbslosen

Der Magistrat und die Erwerbslosenfürsorge können sich nicht verteidigen

Es gibt noch immer sehr viele Arbeiter, die erst dann ihre verzweifelte Notlage erkennen, wenn das Gespenst der grauen Not und des Hungers so deutlich vor ihnen steht, daß es ein Blinder wahrnehmen kann. So boten die letzten Erwerbslosenversammlungen in bezug auf ihre Besucherzahl immer einen trostlosen Anblick. Im Gegensatz hierzu war die gestrige Versammlung sehr gut besucht. Der große Restaurationssaal des „Volksparks" war bis auf den letzten Platz gefüllt und wenn der Kampfwille der Versammelten, welcher in der Diskussion sehr deutlich zum Ausdruck kam, ein solcher war, dann kann man wohl hoffen, daß angesichts der vielen Erwerbslosen in Halle die nächsten Versammlungen im großen Saal abgehalten werden müssen. Dann werden wohl auch die städtischen Behörden einsehen lernen, daß man diesen Massen nun nicht mehr länger auf der Nase herumtanzen kann.

Die Versammlung wurde kurz nach 6 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Betrug an den Erwerbslosen; 2. Oertliche Angelegenheiten; 3. Verschiedenes. Gen. Grabow, welcher über den 1. Punkt der Tagesordnung referierte, verstand es ausgezeichnet, den Versammelten zu schildern, mit welchem Raffinement sie betrogen werden. Um die Raubpläne von London unter Dach und Fach zu bringen, braucht die deutsche Regierung, das heißt die Kapitalisten, vor allem Ruhe und Ordnung (bürgerliche natürlich). Und da man erkannt hatte, daß das Riesenheer der Erwerbslosen, infolge ihrer furchtbaren wirtschaftlichen Notlage, diese bürgerliche Ruhe und Ordnung ernstlich gefährdet und dadurch auch der amerikanische Kredit in Frage gestellt wurde, so sah sich die Regierung gezwungen (nicht aus Humanität), den Erwerbslosen ein Beruhigungspulver zu geben in Form einer Erhöhung der Unterstützungssätze um 25 bzw. 50 Prozent. Nachdem dieses Pulver nun gewirkt hat und das deutsche Proletariat inzwischen an das internationale Großkapital verkauft ist, hat man behördlicherseits natürlich auch kein Interesse mehr, den Erwerbslosen die versprochenen Erhöhungen auszuzahlen.

So werden denn anstatt 25 Prozent und 50 Prozent nur 19 Prozent bzw. 37 Prozent ausgezahlt.

Der Genosse Grabow führte ganz recht einen Paragraphen des Strafgesetzbuches an, der diese Manipulationen der Behörden

als Betrug bezeichnet und mit Gefängnisstrafe bedroht.

Der Referent ging dann noch in längerer Ausführung auf das Dawes-Gutachten ein. Die allernächsten Auswirkungen seien weit größere Arbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Fürsorgeeinrichtungen, also auch der Erwerbslosenfürsorge usw. Genosse Grabow sagte unter anderem: **„Das internationale Großkapital steht vor seinem eignen Rätsel und ist nicht in der Lage, es zu lösen."** Wie sehr richtig diese Worte sind, bewies der Referent durch den Hinweis auf folgenden Widerspruch: die Kapitalisten selbst geben zu, daß die Kaufkraft der breiten Massen bis auf ein Minimum gesunken ist. Um das Dawes-Gutachten durchzuführen, ist es aber nötig, noch billiger zu produzieren, also statt 8-, 10- und 12-Stundentag und weitere Entlassungen. Das bedeutet also weitere Verminderung der Kaufkraft. Dieser fast toten Kaufkraft der ausgepumpten Massen steht nun die Ueberproduktion des Kapitals gegenüber. **Dieses Rätsel kann nur die Arbeiterklasse lösen, indem sie das Profitsystem durch die planmäßige Wirtschaft ersetzt.**

Der Referent hatte dankbare Zuhörer und seine Worte wurden mit größtem Beifall aufgenommen.

Hiernach machte der Versammlungsleiter bekannt, daß die schriftlich eingeladenen Vertreter des Magistrats und der Erwerbslosenfürsorge ihr Erscheinen grundsätzlich abgelehnt hatten. (Laute Pfuirufe. — Feiglinge!)

Ein weiterer Redner rechnete den Versammelten dann vor, um welche Summen die Erwerbslosen betrogen wurden. Die Diskussion war eine sehr rege und vielseitige. Vor allem wurde erkannt, daß die Erwerbslosen sich noch fester zusammenschließen müssen, um einen Druck auf die hiesigen Körperschaften auszuüben. Selbst Zersplitterungsversuche eines Diskussionsredners, welcher wegen Nichtigkeiten einen Protest hervorzurufen suchte, scheiterten an der richtigen Einstellung der Versammelten. Zum Schluß wurde noch eine Protestresolution angenommen, in welcher die Versammelten geloben, ihre Forderungen nunmehr mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzudrücken. Auch wurde der Erwerbslosenrat beauftragt, den Magistrat um Belieferung von Kohlen und Kartoffeln und einer einmaligen Beihilfe zu ersuchen.

Nette Zustände

Ein gutes Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist durch das anmaßende Benehmen der Hauswirte zur Ausnahme geworden. Ganz besondere Zustände herrschen aber in dem Hause Röpziger Straße 1. Die Hauswirtin hat für die Mieter nur beleidigende Namen. „Lumpengesindel, Bettelvolk, Bande, Kommunisten, Strolche" sind ihre in Eisdorf erworbenen Ausdrücke. Die erwachsenen Kinder, die sich gewiß schon als „Herren" und „Damen" fühlen, werden von der Alten noch so angelernt, daß sie sogar nach Manieren der Straßenjugend den Mietern auf der Straße Spitznamen nachrufen, die sie in den Augen Fremder verächtlich machen sollen. Von irgendwelchen Instandsetzungen ist natürlich keine Rede, besonders von solchen, die den Mietern zugute kämen. In dieser Hinsicht sei nur angegeben, daß die Entleerung der Abortgrube erst erfolgte, nachdem der Abort eines Parterremieters dadurch unbenutzbar wurde, daß der Grubeninhalt einfach hochtrieb und nachdem die Polizei geholt wurde. Bei der immer noch herrschenden Typhusgefahr unglaublich. Dabei befindet sich in dem Hause das Lager eines vielbegehrten Genußmittels. Aber ganz deutschnational sind die Leute.

*** Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat September findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 29. August für die R-Rentenempfänger, am 30. August für die H-Rentenempfänger, am 3. September für die Nachzügler. Am 1. und 2. September werden Heeresrenten nicht gezahlt. Zahlzeit 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

Mars-Idiotie

rud. Die Geschichte berichtet uns, daß im untergehenden römischen Weltreich eine Art geistiger Epidemien ausbrachen. Der Zerfall in Wirtschaft und Weltgeltung fraß die Gehirne an. Wie war es doch mit den Menschenschlächtereien in den Arenakämpfen? Je mehr Blut floß, um so wilder schrie die entnervte römische Bourgeoisie auf, um so schauriger echote das von ihr korrumpierte Lumpenproletariat, der Weltstadtpöbel. Ein blutiger Massenrausch!

Dieselbe Erscheinung tritt uns heute im Zeitalter der vorkommenen, zusammenbrechenden kapitalistischen Gesellschaft entgegen, mag es sich nun um Okkultismus, um Tagore-Kult, um Einsteins Relativitäts-, Steinachs Verjüngungstheorie oder um Häußer-Bewegung handeln. Wir sehen, wie sich plötzlich eine große Sensation der Gehirne bemächtigt. Eine Benebelung, die Tausende, ja Millionen in ihren Bann zieht, ebenso schnell wieder abebbt, um sich wie ein hungriges Raubtier neuen Objekten zuwenden. Es liegt darin etwas von überspannter zitternder Hast eines Menschen, der dunkelt ahnt, daß es mit ihm zugrunde geht, und der sich nun einen Taumel nach dem anderen hingibt.

Die neueste Nummer auf dem Grammophon der Massenpsychose ist die Mars-Idiotie.

Kein Wort gegen die wissenschaftliche Forschung ernster Astronomen! Obwohl auch ihre Wissenschaft eine bürgerliche ist. Abhängig in Forschungstechnik und Popularisation von der Klasse der Geldgeber. Denn die mystische Gestalt des weißbärtigen Sternbeuters am mitternächtlichem Heroskop ist längst Fabel geworden. An seine Stelle trat der wissenschaftliche Beamte, gerüstet mit feinsten technischen Mitteln, kompliziertesten Formeln, tiefsinnigsten Forschungsmethoden. Wir gestehen, daß uns das Verständnis abgeht, für diese Beschäftigung mit weltenfernen Dingen, dieweil es im eigenen Hause an allen Ecken und Enden brennt. Wie gesagt, kein Wort gegen diese Forscher. Mögen sie weiter forschen! Auf eine Urnebel- oder Unendlichkeitstheorie mehr soll es uns nicht ankommen.

Nein, Mars-Idiotie, das ist der Rummel, den die geschäftstüchtige bürgerliche Presse anläßlich der Begegnung der Erde mit ihrem Bruderplaneten veranstaltet. Aus jedem Blatt schreit es uns entgegen: Neues vom Mars! Marskanäle! Marsmenschen! Marsfunk! Redakteure, die gestern noch tiefsinnige Zoten über Damenhöschen schmierten, verbringen ihre Nächte jetzt in den Observatorien. Veröffentlichen Tags darauf ihre „Studien". Gleich mit Bildern. Hemmungslos lassen sie ihre Phantasie ausschweifen. Freiheit ist nur im Reiche der Gedanken . . .

Mit der wachsenden Marsnähe verdichtete sich auch der Blödsinn. In der „großen führenden deutschen Weltzeitung", dem „Berliner Tageblatt" steht er so aus:

Das Rätsel des Mars

London, 23. August. (Funkspruch).

Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, nehmen die Sachverständigen und die Liebhaber des Funkwesens lebhaften Anteil an den Versuchen der ganzen Welt, mit dem Planeten Mars in Verbindung zu treten. Von Kanada wird gemeldet, daß heute früh die drahtlosen Apparate der Station Pointgrey geheimnisvolle Zeichen gehört haben, seltsame Tongruppen, die kein Code kennt, deren Sendestation völlig unbekannt ist.

Professor Low, der nachts auf drahtlose Signale hört, sagt, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß schon Marsmenschen auf der Erde wären. Die Marsbewohner könnten in einer Form existieren, die für uns unsichtbar ist. Wir wissen gar nicht, ob nicht schon Marsmenschen auf der Erde sind und sie uns sehen, so wie wir Pferde und Kühe sehen. Aber die Versuche, mit dem Mars in Verbindung zu treten, müssen regelmäßig gemacht werden, um Aussicht auf Erfolg zu bieten.

Tagore wird vor Neid platzen. Sein Bart ist nichts gegen diese Sensation. Unsichtbare Marsmenschen, deutliche Marssignale, wie wird diese Nachricht einschlagen! Vierzigjährige Jungfrauen werden jetzt, trotz verschlossener Tür, sich nur noch im Dunkeln entkleiden. Und weil Fritzchen nächstens dumpfe Geräusche hört sich gibt, glaubt Tante Eulalia, Marssignale zu hören. Marspsychose. Geistige Abhängigkeit von der Propaganda der Bourgeoisie ist es, was in diesem Marsrummel zutage tritt.

Wir wissen gewiß, wie notwendig es ist, daß die Massen an dem großen geistigen Geschehen Anteil nehmen. Rußlands Volk erlebt, nach jahrhundertelangem Winterschlaf, heute sein politisches Schicksal bewußt mit. Keine Entscheidung in der Politik, kein wirtschaftliches, kulturelles Problem, in dem seine Massen nicht mit regstem Interesse Anteil nehmen. Aber, und das werden wir gegen den Marsrummel ein, es kommt auf das Objekt des Masseninteresses an.

O, sie haben klug gearbeitet, die intellektuellen Handlanger der Bourgeoisie, die in den bürgerlichen Redaktionsstuben sitzen und diesen Marsrummel inszeniert haben. Auf der Straßenbahn, in der Kneipe, beim Barbier, regiert in diesen Tagen Mars die Gehirne. Natürlich jener Mars, der heute am frühdunkeln Herbsthimmel sein rätselhaft rötliches Licht versendet. Nicht sein Vetter, der Kriegsgott Mars, der hinter der Konferenz in London, dem Schacher in Berlin, dem Knistern am Balkan und den Wirren im Orient sein bluttriefendes Gesicht erhebt. Von diesem Mars, dem Symbol des imperialistischen Raubkrieges, wird nicht gesprochen.

Fürwahr eine feine Rechnung; die Massen studieren den Sternhimmel, lassen sich Märchen von fernen Welten erzählen — dieweil ihnen ihre Herren Eisenketten um den Nacken schmieden.

*** 16. Sommer-Konzert im „Volkspark".** Das am Dienstagabend stattfindende Konzert des Wittekind-Orchesters gewinnt durch die Mitwirkung der beiden Gesangvereine „Freier Sänger Chor" und Buchdrucker-Gesangverein „Gutenberg" besonderes musikalisches Interesse. Die beiden Gesangvereine stehen für diesen Abend unter der Leitung des bekannten Chormeisters Otto Schwendler. Die Leistungen der beiden Chöre sind allen Hallensern als gute bekannt und es ist zu hoffen, daß der Garten oder große Saal voll besetzt wird. Die vereinigten Chöre werden Lieder von Uthmann, Mendelssohn u. a. m. zum Vortrag bringen. Zu diesen Gesangschören hat auch Kapellmeister Plätz ein Programm zusammengestellt, das in seinem ersten Teil die Ouvertüre „Figaros Hochzeit", Ballettmusik aus „Rosamunde" und „Aufforderung zum Tanz" enthält. Die Orchester-Vorträge des zweiten Teils beginnen mit der „II. ungarischen Rhapsodie von Liszt. Dem folgen drei Stücke aus „Fausts Verdammnis" von Berlioz und schließen mit einer Fantasie aus der Oper „Die Favorita" von Donizetti. Im letzten Teil steht als Einleitung „Melodien aus Rigoletto" und das Konzert schließt mit einer „Folge der berühmtesten Walzer", zusammengestellt von Fetros. — Den Besuchern wird also in diesem Konzert ein doppelter Genuß geboten.

Jugendlesestube. Halles Jugendbünde haben in den Räumen der Jugendherberge, Weingärten 26, eine Lesestube erhalten, die ab 3. September d. J., vorläufig Mittwochs und Freitags von ½7 Uhr bis 10 Uhr abends zugänglich ist. Der Eintritt kostet 5 Pfennige. Die Lesestube enthält die Jugendzeitschriften aller Richtungen der so vielgestaltigen Jugendbewegung. Auch pädagogische und allgemein kulturelle Monatsschriften sind vorhanden. Aufsicht und Verwaltung werden von Angehörigen des Jugendherbergsverbandes, Ortsgruppe Halle, gereglt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0005

Aktionswoche der IAH. vom 8. bis 15. Oktober

Für die kämpfenden und gemaßregelten deutschen Arbeiter.
Für die Hungernden in Rußland.

Die Internationale Arbeiterhilfe beabsichtigt auch im kommenden Winter eine großzügige Hilfsaktion durchzuführen. Sie soll einmal den infolge der Londoner Verhandlungen und mit der Durchführung des Sachverständigengutachtens sich verschärfenden Wirtschaftskampf am schwersten getroffenen Proletariern und ihren Familien und hauptsächlich den Kindern der Gemaßregelten und Streikenden gelten. Eine zweite große Aufgabe stellt sich der IAH. außerdem in den russischen Hungergebieten, wo es gilt, alles daran zu setzen, damit dort die Zerstörung der russischen Wirtschaft durch die Hungersnot und ihre Folgen — Verschleuderung von Vieh, Saatkorn und Betriebsmaterial, Abwanderung der Bauern usw. — zu verhindern. Diese beiden großen Aufgaben kann die IAH. nur durchführen, wenn das internationale Proletariat von neuem ihrem Rufe folgt und wie bei allen vorangegangenen Aktionen seine solidarische Pflicht erfüllt und die Aktion mit allen Kräften unterstützt. Auch die deutschen Arbeiter, so schwer wie ihre wirtschaftliche Lage auch ist, müssen, soweit sie noch in Arbeit stehen, bereit sein, die neue Aktion proletarischer Weltsolidarität zu fördern. Die deutschen Arbeiter des Streikgebiets haben in den großen Kämpfen dieses Jahres schon erfahren, was sie an der IAH. haben. Sie werden alles tun, um die Organisation zu stützen und die neue Aktion gut vorzubereiten durch die Anspannung aller Kräfte und Mittel für die Sammel- und Propagandawoche vom 8. bis 15. Oktober.

*** Alle Teilnehmer, die beim Ueberfall der Schupo auf den Roten Frontkämpfer-Bund am Dienstag, dem 19. August, mißhandelt worden sind, werden hiermit aufgefordert, dies beim Bezirksvorsitzenden Richard Richter, Merseburger Straße 101, zu melden.**

*** Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle.** Am Mittwoch, dem 27. August, sofort nach Arbeitsschluß findet im „Volkspark" eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die ländlichen Kollegen haben ebenfalls an der Versammlung teilzunehmen.

*** Motor- und Fahrradunfall.** Am 23. 8. gegen 6.50 Uhr nachm. stürzte ein Mann in der Ludwig-Wucherer-Straße mit seinem Motorrad dadurch, daß er mit dem Vorderrade in einer Weiche der Straßenbahngleisen geriet. Er trug eine Verletzung am Ohr und einige Hautabschürfungen davon, konnte aber seine Fahrt fortsetzen. Andere Personen wurden nicht verletzt. — Am 24. 8. gegen 3 Uhr nachm. stürzte auf der Magdeburger Chaussee ein Mann mit seinem Motorrad infolge Schleuderns des Hinterrades. Die Verletzungen, die er durch den Sturz erlitt, waren so schwer, daß er mit einem Privatauto der chirurg. Klinik zugeführt werden mußte. — Am 23. 8. gegen 6 Uhr nachm. wurde in der Großen Brunnenstraße ein vierjähriger Junge von einem Radfahrer angefahren und zu Boden gerissen. Der Knabe erlitt leichte Verletzungen. Den Radfahrer soll keine Schuld treffen. — Am 23. 8. gegen 4.40 Uhr nachm. stieß in der Merseburger Straße ein Straßenbahnwagen mit einem Lastfuhrwerk zusammen. Hierbei wurden das linke Vorderrad und die Deichsel des Lastfuhrwerks erheblich beschädigt; der Straßenbahnwagen dagegen blieb unbeschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Schuldfrage wird noch geklärt. — Am 24. 8. gegen 2.30 Uhr nachm. stieß eine Radfahrerin mit einem Motorrad an der Ecke Richard-Wagner- und Bernburger Straße zusammen. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt. Verletzt wurde niemand. Die Schuld soll die Radfahrerin treffen. — Am 24. 8. gegen 6.40 Uhr nachm. stürzte ein Mann in der Richard-Wagner-Straße vom Rade. Der Unfall wurde durch plötzlich einsetzende Wutanfälle, an denen der Betreffende seit langen Jahren leidet, verursacht. Er wurde in die nächstliegende Apotheke gebracht, wo er sich bald erholte und seinen Weg allein fortsetzen konnte.

*** Unfälle auf der Straße.** Am 24. 8. wurde gegen 2 Uhr nachm. eine Frau in den Anlagen der Magdeburger Straße auf einer Bank liegend, mit einer stark blutenden Wunde am linken Bein (alte wieder aufgebrochene Wunde) angetroffen. Sie wurde durch die Sanitätswache nach der Klinik gebracht. — Am 24. 8. gegen 8.50 Uhr nachm. wurde ein Mann in der Dessauer Straße von Krämpfen befallen. Er wurde dem zuständigen Polizeirevier zugeführt und, nachdem er sich erholt hatte, von seinen Angehörigen nach seiner Wohnung gebracht.

Rote Frontkämpfer-Versammlungen

Saalkreis:

Dölau und Umgebung:

Mittwoch, 27. August, abends ½8 Uhr, findet im Gasthaus Dierschke eine Mitgliederversammlung statt.

Seeben:

Mittwoch, 27. August, abends 8 Uhr, Lokal Glaser.

Friedrichschwerz, Brachwitz:

Donnerstag, 28. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Friedrichschwerz.

Ortsgruppe Könnern:

Donnerstag, 28. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bürgergarten".

Aus der Provinz

Tagung des Provinzialausschusses in Erfurt

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen tritt am 27. und 28. August zu einer Sitzung zusammen. Sie wird nicht wie üblich, in Merseburg, sondern diesmal in Erfurt stattfinden. Für Mitwochnachmittag ist eine Besichtigung der Stadt Erfurt geplant. Die Sitzung beginnt Donnerstag, vormittags 8 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal. — Es dürfte die letzte Sitzung des Provinzialausschusses vor dem Zusammentritt des Landtages am 16. September in Merseburg sein.

Ein Flugzeug bei Wittenberg abgestürzt

Gestern vormittag gegen ½10 Uhr stürzte das Verkehrsflugzeug „D 149" der Aero-Lloyd-A.-G. in Berlin während einer Gewitterböe auf der Fahrt von Berlin nach Hof in der Nähe von Wittenberg ab. Der Führer des Flugzeugs, Schmilinski aus Berlin, wurde schwer verletzt ins Wittenberger Krankenhaus gebracht, der Passagier kam mit leichten Verletzungen davon. Das Flugzeug verbrannte. Der Absturz soll infolge Reißens eines Steuerseils erfolgt sein.

„Unter keinen Umständen Unterstützung an Kurzarbeiter"

Das preußische Wohlfahrtsministerium veröffentlichte in seinem Amtsblatt eine Verfügung an den Regierungspräsidenten von Magdeburg, aus der hervorgeht, daß **an Kurzarbeiter eine Teilunterstützung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge** ausbezahlt wurde, und er verfügt,

daß unter keinen Umständen die Auszahlung weiter geduldet wird.

Die Verfügung des Severing-Ministeriums ist sehr bezeichnend, und sie scheint zum Ausdruck zu bringen, daß, so lange der Druck der Kurzarbeiter nicht stärker wird, die

von den Arbeitern einbezahlten Beiträge weiter als Kredite an die Unternehmer abgegeben werden

und sie von der Unterstützung ausgeschlossen bleiben. Das ist eine freche Provokation gegen die Arbeitslosen und ein freches Vorgehen gegen Beamte, die solche Auszahlungen vorgenommen haben.

Die Brüskierung der Kurzarbeiter ist nur ein Liebesdienst für die Scharfmacher zum Zwecke einer erfolgreicheren Offensive gegen die Arbeiter, um die Arbeitszeitverlängerung und Senkung des Reallohnes besser durchsetzen zu können. Aber all das kann nur geschehen, weil die reformistische Bureaukratie in den Gewerkschaften mit ihrer verruchten Politik und der Förderung der Durchführung des Sachverständigengutachtens alles tut, um die Klassenfront der Arbeiter zu verhindern und einen außerparlamentarischen Druck für die Interessen der Werktätigen auszuüben unterläßt, und ihn verhindert.

Die Kurzarbeiter müssen mit den Arbeitslosen um die Erweiterung ihrer Rechte und Erhöhung ihrer Unterstützung ernsthaft kämpfen. Und mit der gesamten Arbeiterschaft in den Betrieben und in den Gewerkschaften muß eine breite Mobilisation gegen diesen Kurs erfolgen. Arbeitet auch in den Gewerkschaften darauf hin, reißt die Bauen mit, macht die Gewerkschaften aus dem Organ des organisierten Streikbruchs und des Verrats der Arbeiterinteressen zu einem Bollwerk gegen die Offensive des Unternehmertums, aber auch gegen die Angriffe der in ihrem Dienste stehenden Regierungen — Severing — Ebert.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Roter Frontkämpfer-Bund. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Bichelsteiner Krug". Kameraden, die noch nicht Mitglied sind, werden gebeten, zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Weißenfels. Die Preise klettern! Während die Löhne gegenüber der Vorkriegszeit gesunken sind, bewegen sich die Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel immer noch beträchtlich über den Vorkriegspreisen. Ja, diese fangen sogar wieder an zu klettern. Das ist auch aus den Verkaufspreisen für Fleisch- und Wurstwaren im Kleinhandel im Stadtkreise Weißenfels ersichtlich, die zwischen der Fleischerinnung und Behörde wie folgt vereinbart sind: Rindfleisch mit Knochen 90 bis 110 Pf., Rindfleisch ohne Knochen bis 130 Pf., Gehacktes bis 120 Pf., Talg 60 bis 70 Pf., Schweinefleisch mit Knochen 120 Pf., Schweinefleisch zum Braten 130 Pf., fettes Fleisch und Schmer 130 Pf., Gehacktes bis 130 Pf., frische Wurst 130 bis 140 Pf., geräucherte Wurst 140 Pf., Hammelfleisch 100 Pf., Kalbfleisch 100 Pf. pro Pfund.

Mansfeld-Sangerhausen

Roter Frontkämpfer-Bund, Ortsgruppe Eisleben

Alle Kameraden treffen sich Mittwoch, 27. August, abends 7 Uhr, am Gewerkschaftlichen Krankenhause.

Freitag, den 29. August, abends 7 Uhr, am Freistraßentor. Die Ortsleitung.

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!"

Das war die Parole der Militärvereinler und Faszisten am Sonntag in **Eisleben.** Die „36er" hatten eine „Fahnenweihe" arrangiert. Selbstverständlich hatte sich dazu alles vaterländische und faszistische Geschmeiß eingefunden. Das nationalistische Eisleber „Tageblatt" ist ganz aus dem Häuschen geraten. Es schreibt u. a., schwarzweißrot sei die Losung gewesen; altpreußischer, deutscher Soldatengeist habe die Stunden regiert und die Hoffnungen beseelt auf ein neues Bismarck-Reich. Man kann es schon gar nicht mehr erwarten, bis all der Traum in Erfüllung geht, bis auch Eisleben wieder seine Garnison, seine richtigen „36er" hat. Und dann (oder vorher?) geht es los: Siegreich Frankreich schlagen! Die „Helden" scheinen schon vergessen zu haben, wie sie selbst fürchterliche Hiebe bekommen haben; sie riskieren schon wieder ihr großes Maul.

4000 „36er" sind im letzten Kriege gefallen — und trotzdem schon wieder „siegreich Frankreich schlagen"?

Das arbeitende Volk muß die Fensterscheiben bezahlen, die diese militaristisch-nationalistische Clique mit ihrem Geschrei einschlagen. Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn Frankreich Sicherungen verlangt gegen neue Störungen des Friedens.

Am Umzug der Faszisten beteiligten sich etwa 800 bis 1000 Mann mit einer Anzahl Fahnen. Auf dem „Plan" wurde vor dem Generalmajor Hoffmann ein Parademarsch geklopft. Die Musik spielte „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Bei den „Umzüglern" sah man manch abgehärmte Proleten, die ihre Klassenlage anscheinend noch nicht begriffen haben, aber auch solche, denen es früher nicht schnell genug gehen konnte mit der „Revolution". Zwei Beispiele: Zimmermann Herm. Steinkopf, früher KAPD., jetzt Seemannsverein; Bahnarbeiter Karl Vogel, früher Unionist und Mitglied der Arbeiter-Samariterkolonne, jetzt „27er". Kommentar überflüssig!

Die Arbeiterschaft hat am Sonntag ihre Gegner erkannt, zu denen auch die Geschäftsleute gehören. Die Arbeiter werden den Geschäftsleuten bei ihren Einkäufen die richtige Antwort geben. Wenn die Arbeiterschaft will, daß der ganze nationalistische Spuk ein Ende nimmt, dann muß sie den Roten Frontkämpfer-Bund tatkräftig unterstützen, dann muß sie dafür sorgen, daß das kapitalistische System verschwindet und eine neue sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung aufgebaut wird. **Das ist das Gebot der Stunde, das ist die Parole der Arbeiterschaft!**

Faszisten-Rummel in Artern

Das Rathaus schwarzweißrot geflaggt!

Artern, 25. August.

Nun endlich hat auch unser Arbeiterstädtchen seinen völkischen Rummel gehabt. Wochenlang wurden bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. Der Mitwelt wurde verkündet, daß am „Tage des Heils" 7000 teutsche Männer sich in Artern produzieren würden. Aber die Drahtzieher scheinen sich doch über ihre Anhänger getäuscht zu haben. Am Festzug nahmen ganze 1540 Schulentlassene teil, darunter der weitaus größte Teil Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, die sich wieder größtenteils aus Anhängern des Jungdo zusammensetzten, ohne deren Mitwirkung schließlich der ganze Stahlhelmrummel ins Wasser gefallen wäre; ferner 176 Kinder der Scharnhorstgruppen. Nach dem „Arterner Anzeiger" wurden 68 Fahnen mitgeführt, während wir nur 49, einschließlich 14 verhüllten, gezählt haben. Das genannte Blatt überschlägt sich förmlich in seinem Begeisterungskoller. Hier eine poetische Stilprobe:

„Wie ein Sturmesjausen aus dem Teutoburger Walde ist sie gestern über unser Artern gebraust und in tausenden weit offenen Herzen hat sie wieder geklungen, die einzige Melodie: Deutschland unser Deutschland! In unser träumendes Landstädtchen ist Siegfrieds Schwert gefahren und hat erkennen lassen, daß der deutsche Geist lebendig ist, daß die Zeit gekommen auch für alle Zweifler, sich zum Vaterland zu bekennen."

Für Sturmesjausen hätte besser das Wort Sturmesjaufen gepaßt. Schon am Nachmittag durchzogen grölende und johlende Trupps von Freßwölfen die Arbeiterviertel, die ihre provozierenden Gesänge vom „Hakenkreuz am Stahlhelm", und Milchgesichter, die ihr „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" vom Stapel ließen. Eine total besoffene Bande von Wehrwölfen heulte abends 7 Uhr auf dem von Spaziergängern dichtbesetzten Salzdamm herum. Das nennt sich „lebendiger deut-

Weißenfels! Erwerbslose!

Heraus zum Protest gegen den Betrug der Auszahlung

Mittwoch, 27. August, nachmittags 5 Uhr, in der Beuditzschul-Turnhalle

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung

Arbeitslose, erscheint in Massen!

Die Vertreter der Stadtverordnetenfraktionen sind eingeladen.

Die Vertreter der Erwerbslosen.

Vom Kinderkriegen

I.

Im Thaliatheater spielt Willi Schur mit seinem Ensemble „den letzten Schlager der Saison": **„Mein Baby"** (das ungeborene Kind). Die verwöhnte und auf vornehme Art faulenzende junge Frau erregt die Eifersucht ihres Gatten, dieser verläßt „auf immer" die Stadt, und mit Hilfe eines seiner Freunde zieht die junge Frau einen großen Schwindel auf, um ihren „geliebten Mann" wieder in ihre Gewalt zu bekommen. Sie telegraphiert ihm, er wäre Vater geworden, er kriecht wirklich auf diesen Leim, kommt „postwendend" an das falsche Wochenbett und findet zu seiner unglaubwürdigen Freude „Drillinge" vor. Diese aber sind die Kinder armer Proleten, zusammengemauft von Freund Willi Schur, natürlich! Das Spiel war sehr lebhaft, aber man müßte noch grotesker das Unmögliche übertreiben. Warum gibt es nicht ein Quietschtierzett der drei Babys, warum jongliert man sie nicht varietemäßig von der richtigen zur falschen Mama, vom Schutzmann zum Kinderräuber? Ein schöner Schlußeffekt wäre es, wenn die falsche Wöchnerin eine gehörige Tracht Prügel von den richtigen Eltern der Babys bekommen könnte.

II.

Im Walhalla-Theater läuft die Sache etwas tragischer aus. Unter der Regie von Thilo Schmidt spielt das Gastensemble des Berliner Operettentheaters, eine Schilettragödie „Die Minderjährigen" oder „Wenn die Liebe erwacht." Also etwas lustiges und tränenerregendes. Beispiel: Ein Pfarrer klagt, daß 14 Mädchen nicht konfirmiert werden können, denn fünf seien schwanger und die anderen neun seien geschlechtskrank!! Also sehr dick aufgetragen, aber die Tendenz des Stückes ist schließlich gut, die Eltern und Erzieher sollen ihre Kinder aufklären, die Schule soll zu diesem Zweck Aerzte verwenden, denn sonst hören die Verzweiflungstaten der Kinder nicht auf. Die zwei minderjährigen Sünder Lilli und Johannes sind im Spiel ausgezeichnet. Das zum größten Teil proletarische Publikum, besonders die Frauen, unterstreichen die vernünftigen Ansichten des modernen Pädagogen Dr. Rosenhagen durch Beifall in der Szene. Aber der Rohrstockpauker, Direktor Günstenberg, erlebt mit seiner bornierten Erziehungsmethode ein Fiasko nach dem andern. Das Schrecklichste: seine Tochter Lilli ist von Johannes geschwängert, dieser hängt sich auf und Lilli stürzt sich aus dem Zimmer ihres Glückes auf die Straße in den Tod. Spiel und Tendenz sind gut, aber warum soviel vom lieben Gott reden? Das ist doch am allerwenigsten aufgeklärt.

M. K.

Aus der Filmwelt

Ufa-Theater Alte Promenade. „Der geheime Agent", so betitelt sich eine Komödie in fünf Akten, die gegenwärtig im Ufa-Theater aufgeführt wird. Eine Liebesgeschichte aus dem 17. Jahrhundert, am Hof eines Duodezfürstchens. Voll überlegenem Humor führt der Verfasser durch die enorme Beschränktheit der drei „Minister" recht interessante Verwicklungen herbei. Trotz ihrer Perücken muten diese drei gigantischen Dummköpfe recht modern an... Die Schauspieler entbieten sich in angenehmer Weise der üblichen mimischen Uebertreibungen. Das lies den leichten Anflug von Filmkitsch vergessen.

Daneben ein grotesques Lustspiel: „Gerhard als Möbeltransporteur". Gerhard und sein Gehilfe zertrümmern beim Transport die ganze Wohnung. Grundsatz der Filmschöpfer: Geringstes Quantum Gehirnverbrauch — größte Leistung des Zwerchfells.

Als wissenschaftliche Einlage zum Schluß Bilder von einem dalmatischen Kirchenfest, unter denen sogar interessante Aufnahmen bewaffneter jugoslawischer Faszisten wiedergegeben wurden.

Wilhelm von Ameronge-Kintopp

Die „Hallische Kino-Zeitung" bringt folgende Notiz: **Wilhelm II. als Filmindustrieller? Nach „Chicago Tribune" soll Wilhelm II. sich mit 5000 Pfund Sterling an der Urania-Filmgesellschaft beteiligt haben, an der auch Prinz August interessiert ist.** Neben geschäftlichen Gründen wären dafür auch propagandistische Gründe maßgebend. Augenblicklich dreht die Urania-Gesellschaft den „Sängerkrieg auf der Wartburg", später ist „Parsifal" und „Oberon" in Aussicht genommen. — Na also, wir haben ja schon immer gesagt, daß alles, was Wilhelm der Ausgerissene tut, Kintopp ist.

Die neue Herrscherfamilie von Deutschland filmt auch

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß der große europäische Filmtrust, der vor einiger Zeit von Sinnes gebildet wurde, in den Besitz der skandinavischen Filmindustrie zu gelangen bestrebt sei und dafür 200 000 Pfund Sterling als Kaufpreis bietet. Diese Gruppe hofft, dadurch mehrere hundert dänische, schwedische und norwegische Filmtheater sowie einige führende Filmgesellschaften aufkaufen zu können. Die neue Zentrale der Gesellschaft würde ihren Sitz in Kopenhagen haben.

*** Volksbühne, Kammerspiele.** In diesem Jahre veranstaltet die Volksbühne eine feste Reihe von 5 Kammerspielen im Thaliatheater. Zur Aufführung vorgesehen sind: „Anzengruber, „Der Gewissenswurm", Nestroy, „Lumpacivagabundus"; Fulda, „Die Geliebte"; drei Einakter: Wied, „Abrechnung"; Shaw, „Schlachtendenker"; Hartleben, „Lore" und ein Werk von Carl Hauptmann." Der Beitrag für alle 5 Kamerspiele beträgt 5 Mk. und wird in 5 Raten zu je 1 Mk. erhoben. Anmeldungen für die Kammerspiele werden ab morgen in der Geschäftsstelle entgegengenommen. Eine besondere Einschreibegebühr wird von Mitgliedern nicht erhoben. — Da für die Faust-Vorstellung am 28. August die Karten ausverkauft sind, ist eine weitere Vorstellung von Goethes „Faust" auf Sonnabend, den 30. August, angesetzt. Karten in der Geschäftsstelle. Neuanmeldungen werden jetzt noch in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, entgegengenommen, da Ende der Woche die Listen abgeschlossen werden müssen.

*** Der Vorverkauf im Stadttheater** hat mit dem gestrigen Montag begonnen. Die Stammkarten-Inhaber, welche ihre erste Rate noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, dieselbe in den Kassenstunden von 10 bis 2 Uhr einzulösen, spätestens aber bis Donnerstag mittag 12 Uhr. Der Einzelverkauf der Tageskarten hat ebenfalls begonnen. Für die erste Woche der neuen Spielzeit sind folgende Werke angesetzt: Donnerstag, Sonnabend, Montag 7 Uhr: „Faust", 1. Teil. Freitag, Sonntag, Mittwoch 7½ Uhr „Othello", Oper von Verdi. Dienstag und Freitag „Undine". Donnerstag, den 4. September, und Sonnabend, den 6. September, „Emilia Galotti". Die Vorstellungen beginnen, falls nicht anderes angegeben, wieder um 7½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0006

scher Geist“! Eine moralisch verkommene Schweineherde ist das! Der Unfug auf den Straßen dauerte bis in die frühen Morgenstunden hinein. Wo war die Polizei? Herr Sozialdemokrat und Bürgermeister Hühnerbein, wo waren Sie, um als Oberhaupt der örtlichen Polizei für Ruhe und Ordnung zu sorgen? Hatte sich ihr schwarzrotgoldenes Herz vor dem völkischen Gespensterspuk in einen stillen Winkel verkrochen? Oder konnten Sie auf Grund der freundnachbarlichen Beziehungen des schwarzrotgoldenen Stahlhelms zum schwarzweißroten nichts unternehmen? **Weshalb ließen Sie nicht die schwarzweißroten Mörderfarben vom Rathaus entfernen? Wir erwarten eine Antwort!**

Von der Schutzpolizei war ein Kommando von **drei Mann** erschienen. Aber nicht etwa, um die Befehle ihres Vorgesetzten, des Innenministers Sozialdemokraten Severing zur Durchführung zu bringen, der das Tragen von Stahlhelmen verbietet. Anscheinend waren sie nur dazu da, um die faszistischen Heldensöhne vor dem Zugriff von Arbeiterfäusten zu schützen.

Der Tag verlief in der vorgesehenen Weise. Anwesend waren: Oberstleutnant Duesterberg, der die Weiherede für 16 neueinzuweihende Fahnen hielt, Oberst v. d. Hardt, Major Förster, Hauptmann Kloppe, Oberstleutnant Görtz. Den Feldgottesdienst hielt Feldprediger Pfarrer Braun-Schönewerda. Ferner war anwesend der Fürst zu Stolberg-Stolberg. Letzterer fühlte sich auch bewogen, in Kommunistenhetze zu machen. Er glaubte sich besonders bei den Arterner Faszisten in Empfehlung zu bringen, indem er sagte:

„Dem verfluchten Kommunistennest in Artern werden wir's schon noch zeigen!“

Immerzu, Ihr Heldenjünglinge! Die revolutionäre Arbeiterschaft ist bereit, Euch zum Tanze aufzuspielen! Der Tag ist auch nicht mehr fern, an welchem sie das gründlich besorgen wird. Der Begeisterungstaumel ist bei den hiesigen Völkischen auch bereits wieder verflogen, sie hingen am folgenden Tage alle mächtig die Köpfe. Ob ihnen der Kater im Genick saß? Oder kam ihnen in ihrer Einsamkeit so recht ihre örtliche Schwäche zum Bewußtsein?

Ein paar Worte zum Schluß noch über die Beteiligung des Deutschen Turnvereins und des Männergesangvereins „Sängerlust“ an dem völkischen Spuk. In beiden sind Proleten, die von den Kapitalisten, mit denen sie am Sonntag in einer Front marschierten, bis aufs Weißbluten ausgebeutet werden. Erkennt endlich, wozu Ihr gemißbraucht werdet! Heraus aus den bürgerlichen Vereinen! Geht dahin, wo Ihr hingehört: zu Euren Klassengenossen in den Arbeitervereinen!

Die Kaufmannschaft von Artern hatte fast ausnahmslos ihre Häuser mit den Monarchistenfahnen geschmückt. Sie bekennen sich offen als Feinde der Arbeiterklasse. Proletarier, zieht daraus Eure Konsequenzen! Kauft Eure Waren im Konsumverein oder bei Händlern, die sich offen zur Arbeitersache bekennen.

Arbeiter, setzt dem faszistischen Gesindel die Faust unter die Nase!
Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund!

Eisleben. Aufmarsch der Roten Frontkämpfer. Anläßlich des Umzuges der Arbeiterradfahrer, die ein Bezirksfest veranstalteten, zogen auch Vereine der klassenbewußten Arbeiterschaft mit auf. Dabei marschierten zum ersten Male die Roten Frontkämpfer (Ortsgruppe Eisleben) durch die Straßen. Die tadellos disziplinierten Gruppen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck bei den noch fernstehenden Klassengenossen. Erschreckt dagegen war das Spießbürgertum. Der Umzug hat bewiesen, daß die proletarischen Frontkämpfer ein wirksamer Schutz bei Veranstaltungen der Arbeitervereine sind. Es ergeht deshalb **der Ruf an die klassenbewußten Arbeiter, sich einzureihen in den Roten Frontkämpfer-Bund!**

Roßla a. H. Gründung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“. Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Versammlung des Roten Frontkämpfer-Bundes statt, die sehr gut besucht war. Der Stahlhelm und Jungdo kamen hierzu geschlossen anmarschiert. Der Referent, Kamerad Hestermann aus Halle, verstand es, die Stellung der einzelnen Frontkämpferorganisationen zu den wirtschaftlichen und politischen Zeitproblemen den Anwesenden klarzulegen. In der Diskussion, an der sich drei Gegner und vier Anhänger des Roten Frontkämpfer-Bundes beteiligten, und die deshalb recht stürmisch verlief, sprach als erster der Kriegerhauptmann Strohmeyer, der sich stammelnd gegen die Beschimpfung des Offiziersstandes verwahrte. Dann sprach der Forstassessor Kolb. Er kam jedoch über einige Phrasen von Kameradschaft und dergleichen nicht hinaus. Nachdem noch die Kameraden Fiedler und Wichert den Herrschaften derbe Wahrheiten gesagt hatten, nahm sich Genosse Rößler die Völkischen vor. Forstassessor Kolb hatte sich stolz gegen das Sachverständigengutachten ausgesprochen und hatte gleichzeitig erklärt, „wir Stahlhelmer wollen keinen Krieg“. Genosse Rößler rollte die Kriegsschuldfrage auf, zeigte die kommenden Kriegsgefahren und machte den Völkischen klar, daß sie immer ein bereitwilliges Werkzeug der Kapitalistenklasse sein werden. An den Mienen der Vaterländischen sah man deutlich, daß eine derart ernste Schilderung der politischen und ökonomischen Zeitverhältnisse für sie bis dato böhmische Dörfer waren, und viele mögen im Stillen unseren Genossen für die Aufklärung gedankt haben. Als der Referent das Schlußwort hielt, **trotteten die Vaterländischen bis auf einige wieder ab.** Nach dem Schlußwort wurde sofort eine **Ortsgruppe gegründet, der sofort eine größere Anzahl Mitglieder beitraten.** Im übrigen hat uns die Versammlung auch gezeigt, daß es mit der geistigen Beschaffenheit der Vaterländischen nicht weit her ist. Wenn man annimmt, daß Forstassessor Kolb ihr „klügster“ Kopf ist, dann ist es um die anderen schlecht bestellt.

Sittendorf a. Kyffh. Mit einem Hammer totgeschlagen. Am Donnerstag früh wurde der Landarbeiter Ernst Aschenbach von seinem Stiefsohn, dem 25jährigen Ernst Schauberg, **mit einem Hammer erschlagen.** Der Grund dazu ist noch unbekannt. Soviel steht fest, daß die Tat in der Erregung ausgeführt ist, denn es fand vorher ein lebhafter Wortwechsel statt. Der Täter ist flüchtig.

Rote Frontkämpfer-Versammlungen

Greppin und Wolfen:

Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Kreisvorstand RFB.

Wolferode-Wimmelburg-Kreisfeld:

Mittwoch, 27. August, abends 8 Uhr, in Wimmelburg („Reichspost“).

Volkstedt:

Freitag, 29. August, abends 8 Uhr, im Lokal Karl Teutsch.

Kreisvorstand „Roter Frontkämpfer-Bund“.

Torgau-Liebenwerda

Naundorf. Wenn Faszisten Hochzeit feiern! Der „Freßwolf“ Konditor Prinz jun. feierte drei Tage lang seine „Teutonen“-Hochzeit. Der Auftakt war wie üblich ein Polterabend, wobei die Stahlhelmer, Wehr- und Freßwölfe in Ermangelung passenden Poltergeschirrs ihre Stahlhelme gegen die Tür warfen. Daß sie dabei ein richtiges Wolfsgeheul anstimmten, ist selbstverständlich. Dem schwarzweißroten Schnaps ist dann gehörig zu Leibe gegangen worden. Auf dem Wege zur Kirche stellte der Wehrwolf eine Ehrenfront. Die Braut war nicht auf der Höhe, denn man vermißte bei ihr das Hakenkreuz; flugs wurde ihr deshalb ein solches in den Brautkranz gesteckt. Am Abend führte das Faszistengesindel noch einen richtigen Indianertanz auf. Die Hohlheit und Borniertheit dieser Leute konnte sicher nicht besser vor aller Oeffentlichkeit gezeigt werden. Arme Tröpfe!

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Kommunistische Jugend. Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“. Alle Genossen müssen erscheinen. — Heute (Dienstag) 8 Uhr in der „Funkenburg“ Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Merseburg. Kommunistische Kindergruppe. Mittwoch nachmittag 4 Uhr auf dem Turnplatz Jahn Spielen der Kindergruppe. Wir ersuchen die Jugend, sich mit daran zu beteiligen.

Die Kindergruppenleitung.

Arbeiter-Sport

Die Sozialdemokraten spalten im Arbeiter-Turn- und Sportbund

Bekanntlich gab die sozialdemokratische Presse die auf dem Bundestage der Turner in Kassel vom Sekretär der Zentralkommission, Wildung, herausgegebene Parole intensiv weiter, eine Gegenoffensive gegen die revolutionär fühlenden und handelnden Bundesmitglieder zu beginnen. Selbstverständlich wurde an vielen Orten dieser Parteibefehl von den kleineren „Wildungs“ sofort befolgt. Die Folge waren nun Auseinandersetzungen, die man gerade durch die Ablehnung des Antrages auf Urabstimmung über die Frage RSJ. oder LSJ. verhindern wollte.

Allem Anscheine nach wollen die Sozialdemokraten in den Sportvereinen aber nicht erst auf das Resultat der Auseinandersetzungen warten, denn anders ist es nicht zu verstehen, daß z. B. in Essen ihr Austritt ganz unbegründet erfolgt. In Essen ist das Arbeiter-Sportkartell der Internationalen Arbeiterhilfe beigetreten. Das segensreiche Wirken dieser IAH. war den Sozialdemokraten des Ruhrgebietes um so unangenehmer, weil es die Kumpels in die Lage versetzte, ihren wochenlangen Kampf zur Festhaltung des Achtstundentages auch gegen die Sabotage der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukratie zu führen, ohne ihre Kinder verhungern lassen zu müssen. Grund genug, daß auch die Arbeitersportler den Wert einer solchen Hilfsorganisation erkannten und ihr Sportkartell zum Beitritt, also zu solidarischen Unterstützung veranlaßten. Nun aber kam die Gegenparole der Turnerbureaukratie.

Derselbe Wildung schrieb in der DASZ., dem Organ der ZK., jenen bekannten Artikel, in welchem das zukünftige „Kulturkartell“, das darin entgegen der früheren Devise Wildungs propagiert wird, „die dritte Säule“ der sozialdemokratischen Bewegung werden soll. Gleichzeitig erschien in der Tagespresse jene Lumperei aus gleicher Feder, die „das Schicksal der Arbeitersportbewegung nicht an das der KPD.“ knüpfen soll. Jetzt glaubten die Wildungfreunde, in Essen vorstoßen zu müssen. Ueber den „Proletariersport“, der von dem früheren Redakteur Gröger, Arbeiter-Turnzeitung, Leipzig, als das augenblicklich bestredigierte Sportblatt bezeichnet worden ist, verlangten die Sozialdemokraten die Bannbulle. Jeder Leser sollte des ketzerischen Inhalts wegen verbrannt werden. Weiter sollte der Turnverein aus dem Kartell austreten, solange er Mitglied der IAH. ist. Als nun die Vereinsversammlung diesem parteipolitischen Wunsche nicht gleich Rechnung trug, traten die Sozialdemokraten aus und versuchten mit Hilfe des dortigen städtischen Turnwarts Preuß, früher in Berlin, Deutsche Turnerschaft, der sich für die städtische Anstellung durch Sozialdemokraten, die keine Ahnung hatten, daß es auch Arbeiter-Turnwarte gibt, dankbar erweisen wollte, dem Turnverein die Turnhalle abzutreiben. Das mißlang.

Jetzt beginnt selbstverständlich die „Arbeiterzeitung“ mit allen möglichen Hetzereien den alten Verein zu kompromittieren und aufzufordern, dem Verein den Rücken zu kehren. Weiter wird auf die SPD.-Anhänger der anderen Sportzweige eingewirkt, ebenfalls ihre Vereine zu spalten.

Aufgabe unserer Genossen ist es, überall mit der Aufklärungsarbeit fortzufahren. Aufklärung wird die Massen der Mitglieder veranlassen, den Spaltern energisch die Türe zu weisen.

Kulturtag der Naturfreunde in Zeitz

Der Begrüßungsabend im Jugendheim, an dem alle proletarischen Jugendverbände von Zeitz teilnahmen, verlief zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Die Darbietungen zeigten uns den Klassenkampfgeist, der die Naturfreunde beseelt. Leider mußte der Vortrag „Unsere Jugendarbeit“ des Genossen Demberger, Weißenfels, ausfallen. Die Sonntagveranstaltungen, zu denen die Nachbarortsgruppen durch Delegationen vertreten waren, zeigte eine rege Teilnahme an der Arbeit der Naturfreunde. Wir müssen hierbei besonders den Umzug einer näheren Betrachtung unterziehen. Wie wir hören, waren hierzu alle Sport- und Jugendverbände eingeladen. Außer der KJ. sah man von all den vielen Organisationen keine, die es für notwendig hielt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Während der Rede des Genossen Noll, Jena, auf dem Altmarkte zog der Bliemchen-Turnverein „Vater Jahn“ vorbei. Der T.-V. „Die Naturfreunde“ verstand es ausgezeichnet, der Situation Herr zu werden, indem die Rede durch Absingen der Internationale unterbrochen und dann wieder fortgesetzt wurde. Ein Polizist bekam einen Anfall von Nervosität, indem er den Redner, der nur von den heutigen Kulturzuständen sprach, die unbedingt beseitigt werden müssen, aufforderte, nicht politisch zu werden! Die Forderungen, die Genosse Rost im Interesse der im Jugendheim vertretenen Vereine an die Stadtverwaltung stellte, wurden von den Anwesenden voll und ganz unterstützt. Annahme fand eine Resolution, die besagt, daß die am Kulturtage teilnehmenden Jugendlichen nicht gewillt sind, sich durch ein Jugenddienstpflichtgesetz noch tiefer in Sklaverei treiben zu lassen.

Die Schupo, die unser ständiger Begleiter war, verhielt sich anständig. Der SAJ. sei aber gesagt, daß sie sich durch ihren Beschluß, am Umzuge nicht teilzunehmen, arg blamiert hat.

Turn- und Sportverein „Fichte“-Halle, Handball-Abteilung. Mittwoch, den 27. August, trifft sich die 3. Mannschaft nach der Platzarbeit in der Baracke zur Wahl eines Schriftführers.

Turn- und Sportverein Fichte-Halle. Turnerinnen-Abteilung. Die beschlossene Wasserfahrt findet bestimmt Freitag, den 29. August, statt. Abfahrt abends ½8 Uhr von der Peißnitzbrücke. Zahlreiche Beteiligung auch der anderen Abteilung erwünscht. Gäste willkommen. — Schüler- und Schülerinnen-Abteilung. Sonntag, den 31. August, nachmittags 3 Uhr, Treffpunkt zum Kinderfest auf unserem Sportplatz. Die verheirateten Mitglieder werden ersucht, mit ihren noch nicht schulpflichtigen Kindern ebenfalls zu erscheinen.

1. Bezirks-Wasser-Sportfest in Wettin a. S. Das Fest hatte unter der immer noch hochgehenden Saale und dem starken Winde zu leiden, und trotzdem wickelte sich alles flott ab und war ein voller Erfolg für unsere Arbeitersportbewegung. Bei dem Kanufahren gefiel besonders die Auffahrt. Genossen, mehr dieser Propagandaveranstaltungen. In dem Bootsrennen fiel besonders das günstige Abschneiden der Döllnitzer und Ammendorfer Vereine auf. Die Schwimmer hatten stark unter der tiefen Temperatur des Wassers zu leiden; um so erfreulicher die starke Teilnahme und flotte Durchführung. Nachstehend die Resultate:

1. Teil: Regatta für Einsitzer 1000 Meter: 1. Kanuklub Döllnitz in 3,55 Minuten; 2. Wassersportverein Ammendorf; 3. Kanuklub Döllnitz. Zweisitzer (Anfänger): 1. Wassersportverein Ammendorf in 2,51 Minuten; 2. Kanuklub Döllnitz in 2,58 Minuten; 3. Kanuklub Böllberg. Zweisitzer: 1. Kanuklub Döllnitz in 2,37 Minuten; 2. Wassersportverein Ammendorf; 3. Wassersportverein Ammendorf.

2. Teil: Lagenstafette 4×50 Meter: 1. Halle. Jugend-Brust-Schwimmen 50 Meter: 1. Hettstedt; 2. Halle. Männer-Rücken-Schwimmen 50 Meter: 1. Halle. Paddeln 50 Meter: 1. Halle. 100 Meter beliebig: 1. Halle. Männer-Brust-Schwimmen 100 Meter: 1. Halle; 2. Halle; 3. Wettin. Balldribbeln 50 Meter: 1. Halle. Knaben-Brust-Schwimmen 50 Meter: 1. Wettin; 2. Wettin. Jugend beliebig 50 Meter: 1. Halle. Männer-Brust-Stafette 4×50 Meter: 1. Hettstedt. Männer-Seiten-Schwimmen 100 Meter: 1. Halle. Streckentauchen: 1. Eisleben; 2. Halle; 3. Wettin. Jugend-Wasserballspiele: Halle 2. Jugend — Eisleben 1. Jugend 4:1.

Die Freie Turnerschaft Zeitz feiert ihr 20jähriges Bestehen am Sonnabend, dem 30., und Sonntag, dem 31. August, auf dem Sportplatz am Naetherpark. Am Sonnabend von 6 Uhr an Fußballspiel Gera II. 1. gegen Fr. Turner Zeitz 1. Von 8 Uhr an wird der Verein auf einer Freilichtbühne des Sportplatzes sein Können zeigen. Sonntag von früh 8 Uhr an finden sportliche Mehr- und Einzelkämpfe statt. Ferner werden gezeigt: Allgemeine Freiübungen, Volkstänze mit Orchestermusik, Staffelläufe, Wettspiele im Raff- und Handball und andere sportliche Veranstaltungen.

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Verschwörer und Revolutionäre

28]

Von Michael Kaniowski

Als erste verließ uns Lisa, sie ging nach Moskau zur Administration. Dies war eine Art Zentralbureau zur Vermittlung der Korrespondenz und zur Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Kolonien. Auch Cyprianoff verabschiedete sich von uns und ging auf seine Tourné. Schuk kaufte sich einen transportablen Schleifstein für Sensen und Sicheln und zog auf die Dörfer. Unter uns war er immer schweigsam, er begann erst zu sprechen, wenn er sich unter den Bauern befand. Dann konnte er Erzählungen und witzige Fabeln aus dem Aermel schütten und immer in tadellosem Dialekt. Er erzählte mir einmal sein Gespräch mit einem Polizeibeamten, der den Befehl erhalten hatte, einen gewissen Grafen Lanski, der als Agitator unter den Bauern tätig sein sollte, zu verhaften. Graf Lanski war sein richtiger Name. An dem Tage, an welchem der Befehl einlief, war Schuk im Hause des betreffenden Beamten damit beschäftigt, Scheiben einzusetzen. Der Beamte begann ein Gespräch über verdächtige Personen mit ihm. Schuk strengte seinen Kopf furchtbar an, aber er äußerte so phantastische und naiv unwahrscheinliche Vermutungen und Schlüsse, daß der Beamte schließlich einen Rapport abschickte, in dem er schrieb, daß nach den von ihm persönlich eingeholten Informationen der Graf Lanski sich wahrscheinlich bereits in einer der Hauptstädte befinde, in seinem Bezirk aber außer drei Schauspielern sicher keine verdächtige Person sich befinde. Aus dem Hause des Beamten brachte uns Schuk ein Dutzend Paßformulare mit und eine Menge anderer Blankopapiere, auf welchen die Behörden untereinander korrespondieren. Derartige Beute wurde dann der Administration überwiesen, zu deren Obliegenheiten auch das Fabrizieren von „Stiefeln“ gehörte, so nannten wir Pässe und sonstige Legitimationspapiere.

Ola sollte, wie gesagt, nach Tula. Mir aber hatte die Administration eine Rundreise befohlen, bei der ich alle Gruppen und Kolonien zu besuchen hatte, die zu uns gehörten. Ueber meine Fähigkeiten mit den Bauern umzugehen, herrschten wohl berechtigte Zweifel, dagegen erzählte man sich reine Märchen über meine revolutionäre Festigkeit. Ich gehörte damals zu den Veteranen, die die Parteien in ihrem Wetteifer gegeneinander auszuspielen pflegten. Man erzählte sich sogar, ich wäre Jakobiner, und Blanqui selbst hätte mich mit einer Sendung in Rußland betraut.

Ich nahm von Ola möglichst ruhig Abschied. Sie zitterte vor Freude, daß für sie nun das andere, das richtige Leben beginnen sollte. Und dies Gefühl nahm sie so vollständig in Anspruch, daß sie gar nicht fühlte, was dieser Abschied für mich bedeutete. Ich litt darunter sehr und schämte mich dessen. Das war der Grund, daß ich etwas rauh wurde; Ola sah darin den Gehorsam der Pflicht gegenüber und machte sich Vorwürfe, daß sie mit so großer persönlicher Freude an die Arbeit ging. Nur der treue Woltschok durchschaute alles mit seinen klugen Augen; sie plante, daß in zwei oder drei Monaten nach Tula nachkommen sollte. Wir machten den Abschied so kurz wie möglich.

Wenn ich an diese Zeit zurückdenke, habe ich immer den Eindruck eines Frühling.

Weder früher noch später habe ich je so viele glückliche Menschen gesehen.

Es waren damals in der Jugend soviel belebende Säfte und Kräfte tätig, daß alles um uns herum aufzuquellen und zu blühen schien.

Aber schon sammelten sich schwere Wolken über unseren Köpfen, und die Raubvögel fingen an über uns zu kreisen.

Immer häufiger liefen Nachrichten ein über Verfolgungen und Verhaftungen.

XIII.

Später als ich es geplant hatte, erst nach mehreren Monaten war ich in Tula. Ich suchte die mir bekannte Adresse auf. Als ich klingelte, öffnete mir ein junges Weib im Gewande einer russischen Kleinbürgerin die Türe! „Ola“ rief ich aus. Sie war voller und fester geworden, ihre Gesichtshaut hatte sich gebräunt, ihre Augen zeigten eine schöne Ruhe an. Sie wurde rot vor Freude. Sie wohnten hier mit Wera zusammen, nebenan wohnte Chasanoff, der in Tula als Schlosser arbeitete. Der Abend kam, ich erstaunte, als ich hörte, wie sie mit den Arbeitern verkehrte, welche sich hier zu einem kleinen Kreis versammelten. Nicht nur ihr Akzent, sondern ihre Ruhe und Sicherheit und die Klarheit ihrer Ausführungen entzückten mich. Sie hatte es bemerkt und ihr Vortrag wurde noch glatter und reicher an tiefen Gedanken. Wir blieben schließlich allein; Wera war fortgegangen, Chasanoff arbeitete irgend etwas nebenan. Ich hatte immer ein scharfes Gehör; plötzlich hörte ich unter dem Fenster schwere Tritte und einen Klang wie Sporenklirren. Ich fühlte nach dem Revolver in meiner Tasche und rief: — Chasanoff, mach das Licht aus! Sie kommen!

Im selben Augenblick löschte er das Licht und sagte: Fliehet!

Es wurde stark an die Tür geklopft, die von der Straße in Chasanoffs Zimmer führte. Aus unserem Zimmer gelangte man in die Küche. Chasanoff brummte irgend etwas, ich schob an unserer Tür den Riegel vor und flüsterte zu Ola: Hinter mir her! Wir gingen in die Küche und sprangen zum Fenster hinaus in den finsteren Hof. Wir hatten keine Zeit zu verlieren, ich setzte über einen Zaun, wir befanden uns in einem Garten.

In den Fenstern unserer verlassenen Wohnung blitzte ein Licht auf. Wir rannten fortwährend gegen Bäume, deren Zweige uns verletzten. Ich war bemüht, möglichst von dem Hause wegzukommen und zwischen mir und den Verfolgern eine möglichst große Anzahl von Gärten und Zäunen zu lassen. Endlich befanden wir uns an der Straße, an der die Kirche stand. Nach einigem Bedenken beschlossen wir uns hier unter die Menge der Spaziergänger zu mischen. Ich sprang über den Zaun und gab Ola die Hand; hinter mir hörte ich einige Bemerkungen, was wir wohl im dunklen Garten getan hätten; sonst aber erregten wir in unserer einfachen Kleidung kein Aufsehen. Nach einigen Schritten hörte ich jedoch die schnellen Schritte und das Schnaufen der Verfolgung. Ich wollte mich wehren und griff in die Tasche nach meinem Revolver. Da hörte ich Cyprianoffs Stimme.

— Mischuk! Von Moskau bin ich hinter Dir her! Ueberall fassen sie uns.

— Ich weiß es — gab ich zurück.

— Und Woltschok? — fragte er.

— Wir wußten nicht, wo sie zu finden war; auch mußten wir selber flüchten. Ins Hotel zu gehen wäre Wahnsinn.

Ola kannte die Gegend.

— Wir müssen zu Martha, einer Wäscherin — sagte sie.

Es war weit. Nach einer Stunde kamen wir schließlich an eine Kellerwohnung voller Dampf. Als sie Ola erblickte, freute sie sich:

— Wie gehts, Andrejewna?

Ola erzählte, was passiert war. Martha wurde ernst: Es ist schade um die Ossipowna. Hier war man außer Gefahr. Wir setzten uns. Ola verschwand in einer Kammer. Als sie wieder eintrat, war sie nicht zu erkenen: barfuß, gegürtet, mit einem Kopftuch, sah sie wie ein Dienstmädchen vom Lande aus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101924082 6-17/fragment/page=0007

Die Bankiers und die „ewige Gerechtigkeit"

Große Aussprache im Reichstag

(Eigener Bericht.)

Berlin, 26. August.

Kurz nach Mittag eröffnet Wallraf die große Aussprache über die Dawes-Gesetze. Am Regierungstisch saß die Regierung wie immer, zusamt dem Troß von Geheimräten und Offizieren. Der Reichskanzler und Stresemann konnten aber nur ein Stündchen dableiben, weil sie an dem feierlichen Frühstück mit dem mexikanischen Staatspräsidenten Calles, dem Freund der deutschen Sozialdemokratie, teilnehmen mußten.

Zunächst werden die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Genossen Stetter und gegen den Nationalsozialisten Roth dem Ausschuß überwiesen.

Genosse Katz stellt einen Antrag, der dem Aeltestenausschuß überwiesen wird. Zur entscheidenden Abstimmung sind die sonst **von den Sitzungen ausgeschlossenen Abgeordneten zuzulassen.**

Hergt (Dntl.): Seine Fraktion habe vor London den Zeitpunkt für ein Mißtrauensvotum nicht für gekommen erachtet; jetzt seien die Deutschnationalen genötigt, ihr Mißtrauen gegenüber der Haltung der Delegation, gegenüber dem Ergebnis, gegenüber den Gesetzen und den drei Ministerreden auszudrücken. Der Fehler habe gelegen in der Einschüchterung der Opposition. „Gab es nicht Möglichkeiten innerpolitischen Zusammenkommens mit der nationalen Opposition?" Wir Deutschnationalen glauben an die ewige Gerechtigkeit. (Gelächter.) Die Regierung kam als eine Minderheitsregierung nach London. Unsere Opposition ist noch nie so positiv gewesen wie heute. (Gelächter.) Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir an dem großen Wiederaufbau mitarbeiten wollen. Hergt anerkennt dann das „Unannehmbar" vom 15. August, kritisiert den Umfall, die Kapitulation über Nacht und appelliert an Macdonald, daß er sein Gewissen prüfe und den Umfall wieder gutmache, da er an ihm eine schwere Mitschuld trage. „Unsere deutsche Außenpolitik ist nicht auf Herriot, nicht auf Macdonald eingestellt: Die Völker haben miteinander zu verhandeln." (Gelächter, Zurufe: „Der Demokrat Hergt!") Der Rechtsstandpunkt ist das einzige und letzte, was Deutschland als Waffe geblieben ist. Die Militärkontrolle, die französische Auslegung des Rheinland-Abkommens, das Beibehalten des Sanktionsrechtes Frankreichs, ob das denn die Freiheit, die wahre Freiheit sei? Was die materiellen Fragen angehe, so habe die deutsche Regierung nicht vermocht, die eingetretenen Verschlechterungen rückgängig zu machen; alles rein formelle Zugeständnisse, weiter nichts. Gefahr über Gefahr! Keine Endlösung! Unerträgliche Lasten! Wenn doch Helfferich noch lebte! London bedeute eine Verschlechterung erstens mit Bezug auf die Schadleistungen, zweitens mit Bezug auf das Transfer-Problem, drittens mit Bezug auf die Steuerkommission: Deutschland sei doch kein afrikanischer Negerstamm. (Tumult, scharfe Zurufe der Kommunisten.)

So bleibe für die Deutschnationalen nichts weiter übrig als die Ablehnung, die man am Donnerstag ruhig erwarten könne. Die Deutschnationalen seien sich der Folgen bewußt. Es müsse dann von neuem verhandelt werden. Er möchte beinahe sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. (Gelächter im ganzen Hause, Rufe: „Auflösung".)

Hilferding (SPD): Dadurch, daß in Frankreich und in England demokratische Regierungen an das Ruder gekommen seien, sei Deutschlands Stellung eine ganz andere geworden. Das Londoner Ergebnis sei zwar keine Lösung vom Standpunkt der Arbeiterschaft, der zweiten Internationale, aber trotzdem biete das Gutachten die einzige Möglichkeit einer Lösung, den Anfang zu neuen Fortschritten und Verhandlungen, die aber erst nach Annahme des Londoner Paktes möglich seien. Es sei in London erreicht worden, daß die Reichsbahn ein deutsches Unternehmen bleibe. (Höhnisches Gelächter bei den Kommunisten.)

Das Gutachten biete den Weg ins Freie, die Fortsetzung der Friedensarbeit, die eine **ununterbrochene, jahrelange Arbeit** sein müsse, bis die Völker verstehen, ihr Geschick selbst zu beherrschen und vor einer Ueberraschung wie 1914 zu sichern. (Stürmische Zurufe der Kommunisten: „Gibt es denn keinen Kapitalismus?")

Die SPD. wünsche schnelle Durchführung des Gutachtens, aber nicht um den Preis des Bürgerblocks, der die kommenden handelspolitischen Verhandlungen sehr erschweren würde. Der Reichstag müsse weg, der Wahlkampf muß die Entscheidung bringen zwischen den Freunden der Demokratie und des Friedens und ihren Feinden. (Während der ganzen Rede Hilferdings ist der Saal leer, schwächlicher Beifall bei der SPD.)

Raas (Ztr.): Unbestreitbar sei der Erfolg, den man mit der Beteiligung eines Amerikaners an der Reparationskommission und mit der Einführung des Schiedsgerichtsgedankens erzielt habe. Das Zentrum werde die Haltung der Regierung billigen und die Gesetze annehmen.

Dann erhält das Wort

Genossin Ruth Fischer:

In den letzten Monaten hat sich das gesamte politische Leben Deutschlands um den Plan des Generals Dawes, des Vertrauensmannes der amerikanischen Schwerindustrie, gedreht. Man hat von dem Sachverständigenplan die Reklametrommel so viele Monate gerührt, daß heute alle Welt klar ist, daß, wie auch der Schlußakt der Komödie sein wird, der Sachverständigenplan zur Ausführung gelangt.

Am eifrigsten beim Rühren der Reklametrommel war der unbezahlte Lakai der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, von der der Sachverständigenplan, die Londoner Schlußprotokolle, die Londoner Gesetze ebenso wie von den Mittelparteien, von der Regierung als die „Aera des neuen Friedens" dargestellt worden sind. Die neue Aera des Pazifismus wird im „Vorwärts" durch ein sehr schönes Bild gekennzeichnet: Die „aufgehende Morgenröte", die Sonne rechts, sie trägt das Zeichen des Dollars; davor steht das deutsche Volk und steht empor zum Dollar, als dem Retter aus aller Not. Ich lege dies Dokument des Friedens als Angebinde der deutschen SPD. auf den Tisch des Hauses. (Stürmisches Gelächter im ganzen Haus, als Genosse Katz das Bild allen sichtbar an die Vorderseite hängt.)

Rudolf Hilferding — ebenso wie die Regierung Marx-Stresemann-Hilferding und der Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuß — hat in den wärmsten Tönen von dem Friedenszeitalter gesprochen, daß dank der Umgruppierung der Regierungsbildungen in Frankreich und England beginne. Es ist notwendig zu untersuchen, warum gerade jetzt in den Kreisen der Imperialisten soviel vom Frieden geredet wird. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt soll von 1914 gelernt haben, daß die Kapitalisten aller Länder immer dann so viel vom Frieden reden, wenn sie neue Kriege vorbereiten. Das Friedensgeschrei gruppiert sich darum, daß man alle Rettung, Sanierung und Befriedung Deutschlands und Europas von Amerika erwartet.

Warum greift Amerika ein? Greift Amerika, greift Herr Dawes, greifen die Bankiers ein aus Liebe zum Frieden und zur deutschen Arbeiterklasse? — Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten, die Anhäufung von Geld, die Exportschwierigkeiten, die beginnende Absatzkrise, die Schwierigkeiten mit den Farmern sind die wahren Ursachen, warum der amerikanische Imperialismus sich eine billige Kolonie im Herzen Europas schaffen will. Den Herren die von der Vorstellung besessen sind, daß der Dawes-Plan den puren Extrakt der Demokratie darstellt, muß eine Mahlrede des Herrn Coolidge ins Gedächtnis gerufen werden; sie zeigt, daß diejenige Parteigruppierung, die am ehsten einer Kreuzung von Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie entspräche, die Partei des Herrn Lafolette in Amerika die heftiste Bekämpferin des Dawes-Planes ist, und das sollte sogar so verkalkten Kreisen wie den sozialdemokratischen Abgeordneten zu denken geben. (Stürmisches Gelächter überall.) Die Führer der Wahlkampagne Lafolettes betrachten Dawes als Feind aller freiheitlichen Forderungen der Arbeiterklasse. Durchreisende amerikanische Genossen haben mir in diesen Tagen folgendes gesagt: Der Dawes-Plan ist der größte Wahlhumbug, der jemals erfunden worden ist. Für den Dawes-Plan werden die schwerindustriellen Parteien, die Gruppierung um Coolidge eingreifen. (Henke: „Es lebe die demokratische Demokratie!")

Coolidge erklärte in seiner Rede:

„Die Vereinigten Staaten werden durch den Dawes-Plan von der Gefahr einer solch unvermeidlichen großen Depression in Industrie und Landwirtschaft gerettet sein . . . Auf diesem Wege nur können die Vereinigten Staaten die stolze Stellung als Führer der Welt einnehmen, die ihnen vom Schicksal bestimmt ist."

Also Schrittmacher des amerikanischen Imperialismus sind alle diejenigen, welche den Dawes-Plan als das allein rettende Programm der Demokratie Deutschlands anbeten.

Auch Macdonald ist nicht der Apostel des Weltfriedens, wie die Sozialdemokraten der Welt einreden wollen. Macdonald führt eine Außenpolitik zur Stärkung des englischen Imperiums. Er hat mit den Konservativen gegen die Liberalen den Bau von fünf neuen Kreuzern beschlossen, meine Herren von der SPD., nur damit wir an den Frieden besser glauben können. Auf der Ausstellung in Wembley ist ein Bombenflugzeug ausgestellt, das vollendete seiner Gattung, natürlich nur dazu bestimmt, die Manifeste des Friedens über das arme Europa abzuwerfen.

Wer den deutschen Arbeitern den Dawes-Plan als Beginn der Friedensära einredet, begeht den ungeheuerlichsten Volksbetrug.

Amerika flößt vor. Die Londoner Konferenz ist von den amerikanischen Bankiers dirigiert worden; Amerika versteht ausgezeichnet, bald die französischen Imperialisten gegen den Hauptkonkurrenten England, bald den englischen Imperialismus gegen Frankreichs Machtstellung auf dem Kontinent auszuspielen. Englands Stellung ist dem amerikanischen Kapital gegenüber sehr geschwächt. Die englische Bourgeoisie läßt jetzt eine Arbeiter-Regierung regieren. Die englische sogenannte Arbeiter-Regierung regiert — weil die englische Bourgeoisie den Konkurrenzkampf gegen Frankreich und gegen Amerika besser unter einer pazifistischen Maske zu schlagen glaubt und um eine Atempause für neue Kriegsrüstungen zu bekommen.

Das Friedensgerede von 1923/24 erinnert daran, daß noch nie soviel vom Frieden geredet wurde, wie 1913 zur Vorbereitung des großen Krieges. Die soziale Krise, die Arbeitslosigkeit, die Loslösungsbestrebungen der Dominions sind ein sehr wichtiger Faktor in der Friedenstätigkeit der englischen Regierung, ebenso wie die Schwierigkeiten gegenüber der nationalen Bewegung in Aegypten, in Indien, in Irland, eine Frage, die niemals gelöst ist.

Die „Friedensfreundlichkeit" des Herrn Herriot erklären sich nur die Anhänger der Kindersibel mit der Gemütsart des Herrn Herriot; die ganze Welt ist verändert laut dem Reichskanzler Marx, weil Herriot ein so guter Kerl ist. (Stürmische Heiterkeit.) Bei seinem Charakter kann er kein Blut sehen, und weil Herr Herriot kein Blut sehen kann, darum verändert sich das ganze Weltbild. Solche Kindergeschichten sollte man nicht einmal mehr in der Kinderstube Deutschlands, im Reichstag erzählen. Auch die französische Friedenspolitik ist von den inneren Schwierigkeiten diktiert: Die innere Schuld, die Budgetschwierigkeiten; vor allem steht hinter der französischen Finanzwirtschaft das Gespenst der interalliierten Schulden, die Herriot zwingen, dem amerikanischen Partner eine Quote bei der Ausbeutung des deutschen Proletariats zu geben. Herr Herriot erklärt nach seiner Rückkehr von London: Wir haben uns der Kohle und des Kokses für lange Jahre versichert. Das sind die realen Tatsachen, spricht Herriot.

Wie anders ist die Lage Rußlands. Man vergleiche das Londoner Protokoll mit dem englisch-russischen Vertrag Punkt für Punkt — man wird allerlei dabei lernen. Und der russisch-chinesische Vertrag durchkreuzt die Kolonialpolitik Amerikas, Englands und Japans und rollt die Front in Asien in der Form der kolonialen Befreiung von den imperialistischen Mächten auf.

Was wir aber hier im Hause erleben, ist das

letzte Todeszucken einer verendenden Bourgeoisie,

die noch ein Restchen mehr an Ausbeutungsquote herauszuholen sucht. Meine Herren Deutschnationalen! Was hat Ihre Obstruktion für einen Sinn? Sie wollen eine selbständige imperialistische Politik betreiben? Verstehen Sie doch: Die Geschichte hat sie verurteilt, besonders gutbezahlte Sklavenhalter einer übergeordneten Bourgeoisie zu sein. Sie wollen durch ihre Obstruktion ein wenig mehr Profit bekommen, als Ihnen das Londoner Abkommen zugesteht.

Mit der Kolonisierung Deutschlands fällt die Fiktion der nationalen Verteidigung, mit der Kolonisierung Deutschlands ist auch das Ende der Deutschvölkischen Partei gekommen.

Der Sinn des Londoner Abkommens und seine Auswirkungen für Deutschland und seine Arbeiterbevölkerung ist absolut klar. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist eine wunderschöne Sache, nur hängt sie von den kapitalistischen Kräften ab, die in den Schiedsgerichten vertreten. Aber auch nach dem klaren Wortlaut des Schlußprotokolls sind Sanktionen möglich, sowohl von sämtlichen Mächten, wie getrennten Sanktionen Frankreichs. Ebenso ist nach dem klaren Wortlaut des Briefes von Herriot die Ruhrbesetzung nicht mit dem August 1925 zu Ende, sondern die Ruhrräumung beginnt mit 1925. Wir haben tatsächlich die Auslieferung vor allem der Reichsbank und der Eisenbahn an das ausländische Kapital. Der Ententekommissar hat absolutes Kontrollrecht über die Bank. In bezug auf die Eisenbahn dasselbe Bild: Unbeschränkte Vollmachten des Kommissars, Verhandlungsfreiheit der neuen Gesellschaft mit fremden Regierungen, teilweiser Verkauf der Bahn, Regelung der Löhne und Gehälter und Entlassungen. Die Vollmacht für Entlassungen in unbegrenzter Zahl ist in die Hände des Eisenbahnkommissars gelegt, gemäß § 24 des Reichsbahngesetzes. Wir haben über die Eisenbahnfrage ein fachmännisches Urteil. Ein deutscher Finanzminister, dessen Autorität Sie anerkennen werden, meine Herren Sozialdemokraten, hat sich über die Frage der Eisenbahn und ihre Auslieferung an die Entente sehr eindeutig geäußert:

„Ich muß sagen, so sehr ich die Erfüllungspolitik der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen bereit bin, eine Preisgabe der Eisenbahnen an ein ausländisches, kapitalistisches Konsortium würde ich für etwas halten, das nicht möglich und nicht tragbar ist, weil wir dann überhaupt unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieren, und zwar verlieren zugunsten eines französisch-englischen, oder eines französisch-englisch-amerikanischen Konsortiums, dann weiß ich überhaupt nicht, was dann die Politik noch für einen Sinn hätte. Das würde eben bedeuten, daß wir in die Abhängigkeit vom Auslande kommen, in einer Weise, die außerordentlich gefährlich, die meiner Meinung nach viel gefährlicher wäre, als eine Finanzkontrolle oder ähnliche Maßnahmen."

Der Fachmann, auf den ich mich berufe, meine Herren von der Sozialdemokratie, ist Ihr Kollege Rudolf Hilferding. (Laute Rufe, Tumult im ganzen Haus, Präsidentenglocke.)

Die Rede geht weiter, den Rest werden wir morgen veröffentlichen.

Genosse, denke an die Leiden Deiner 7000 gefangenen Brüder!

Fordert die Amnestie! Bringt „Rote Hilfe"!

Die Amnestiefrage im Reichstag

Amnestieankündigung für das ganze Reich?

(Eigener Bericht.)

Berlin, 24. August.

In den Sonnabendsberatungen des Auswärtigen Ausschusses wurde zunächst der Sachlieferungsvertrag erledigt. Luther gab zu, daß die Sachlieferungsfrage zweifellos der ernsteste Teil des Gutachtens in wirtschaftspolitischer Beziehung sei. Aber wenn man die Sachlieferungen nicht zugestanden hätte, wäre der Londoner Pakt überhaupt nicht zustande gekommen.

Abg. Genosse Stoecker wies darauf hin, daß bei Annahme der Gesetze über das Abkommen die kommunistische Fraktion den verfassungsmäßig zulässigen Einspruch gegen die Verkündigung der Gesetze erheben und den Volksentscheid beantragen würde.

Auf die Fragen des Abg. Stoecker wurde von der Regierung geantwortet, daß nach den Abmachungen in London die Zollüberwachung an den westlichen Grenzen wieder den deutschen Beamten übertragen werde. Die von den Besatzungstruppen beschlagnahmten Zeitungen müßten nach den Abmachungen den ehemaligen Besitzern wieder ausgeliefert werden. Nach dem Londoner Gesetz würden wohl die neuen Bestimmungen über den Personenverkehr im besetzten Gebiet aufgehoben, die Bestimmungen des Rheinland-Abkommens aber nicht. Wie vereinbare die Reichsregierung dem Dawes-Report zugesicherte wirtschaftliche Einheit des Reiches mit der Aufhebung der Vorzügigkeit, wie sie im Rheinland-Abkommen festgelegt sei? Nach wie vor sei also eine Einfuhrgenehmigung in das besetzte Gebiet erforderlich.

Ein Regierungsvertreter erklärte, leider habe sich eine Aufhebung dieser Bestimmungen nicht durchsetzen lassen.

Amnestiefrage!

In der Amnestiedebatte äußerten die Redner der Deutschnationalen Prof. Höfich, des Zentrums Prof. Raas, der Bayr. Volkspartei Graf Lerchenfeldt starke Unzufriedenheit über die unklare Formulierung der von den Besatzungstruppen vorzunehmenden Amnestierung.

Gen. Ruth Fischer schilderte die barbarische Justiz, die im besetzten Gebiet sowohl von französischer, belgischer, brittischer, wie auch von deutscher Seite gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ausgeübt worden sei. Sie erinnere an den großen Mainzer Kommunistenprozeß und zahlreiche andere schwere Verurteilungen. Durch den Wunsch der Entente, die Separatisten zu amnestieren, sei in den Londoner Abmachungen für das besetzte Gebiet eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen festgelegt worden. Sie richte die ernste Anfrage an die Regierung, wie diese es verantworten könne, daß im besetzten Gebiet die in ihrer Mehrzahl gekauften Elemente der Separatisten begnadigt würde und im unbesetzten Gebiet tausende von politischen Gefangenen, die ohne Zweifel aus idealen Motiven gehandelt hätten, weiter die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen würden?

Ministerialdirektor Gauß erklärt, daß nach dem Wortlaut der Abmachungen das besetzte Gebiet alle politischen Vergehen und Verbrechen, nicht nur die Separatisten amnestieren würde, auch alle Vergehen und vorwiegend die aus politischen Gründen begangen worden sind.

Die Gen. Ruth Fischer flößt nochmals in der Amnestiefrage vor und erhebt den schärfsten Protest dagegen, daß die Regierung auf die kommunistischen Anfragen einfach schweigt. Eine Partei von 62 Abgeordneten hätte das Recht, von der Regierung Antwort zu verlangen. Daß die Sozialdemokratie bei ihrer Zustimmung zum Gutachten im Gegensatz zu den Deutschnationalen keine Bedenken stelle, sei bei der kläglichen Haltung der deutschen Sozialdemokratie nicht verwunderlich.

Der Reichsaußenminister Stresemann erklärt, es sei eine etwas starke Zumutung, wenn eine so starke Fraktion wie die kommunistische, alle ihre Kraft einsetze, um das Londoner Abkommen zu Fall zu bringen, aber gleichzeitig von der Regierung zu verlangen, daß sie für den Fall der Annahme die Konsequenzen zu ziehen, sondern sich dazu schon vorher verpflichte.

Er könne mit Sicherheit sagen: Die Regierung werde der Frage der Amnestie besondere Beachtung widmen, wenn das Londoner Abkommen angenommen sei. Das Amnestiegesetz würde dann aber eine völlige und wirkliche Amnestierung nach allen Seiten bringen und auch Persönlichkeiten treffen, die auf ganz anderem Boden als die Kommunisten ständen.

Eine besondere Anfrage des Gen. Stoecker, weshalb die Regierung neben dem Londoner Gesetz nicht ein besonderes Amnestiegesetz vorlege, blieb unbeantwortet.

Die Ankündigungen des Ministers Stresemann sind deshalb mit der größten Vorsicht aufzunehmen.

Auslieferung der Industrieanteile an die Entente!

Der Ausschuß behandelte Sonntag vormittag das Gesetz über die Industrie-Obligationen. Industrie, Bergbau und Verkehrsbetriebe sollen mit mehr als 50 000 Mark Betriebsvermögen nach dem Sachverständigengutachten hypothekarische Schuld von 5 Milliarden tragen, was nach Ansicht der Reichsregierung eine Belastung in Höhe von ¼ bis ⅓ des gesamten Betriebsvermögens ausmacht. Als Abgaben an die Entente sind als Verzinsung dieser Hypothekenschuld jährlich 250 Millionen abzuliefern und dazu ein Tilgungsbetrag von 50 Millionen, so daß die Gesamtzahlung jährlich 300 Millionen ausmachen wird. Neun Zehntel dieses Betrages werden durch eine von der Industrie zu gründende Bank, die die Hypothekenschuld verwaltet, gesamtschuldnerisch angeführt. Ein Zehntel dieses Betrages ist durch die größten deutschen Betriebe sicherzustellen, die ihre Schuldverschreibung unmittelbar an die Entente abzuliefern haben.

Abg. Koenen stellte fest, daß die Sachwerterfassung zugunsten der Entente-Kapitalisten vollzogen werde; was früher als deutsche Arbeiterforderung abgestempelt wurde, wird jetzt durch Zwangsgesetz zum Zwecke der Internationalisierung durchgeführt. Die Regierung habe noch keine Antwort darauf gegeben, ob diese Maßregel nicht durch Feststellung und Inanspruchnahme der riesigen Auslands-Guthaben der deutschen Kapitalisten verwiesen werden könnte. Da die Großindustrie die Sachwerterfassung durch die Entente akzeptiert, so müsse sie darin ein Geschäft sehen. Die Regierung muß Antwort geben, ob die Forderung des Dr. Sorge vom Reichsverband der Industrie auf Verminderung der Löhne, Absetzung des Streikrechts und des Einflusses der Arbeiter-Organisationen, sowie restlose Beseitigung des Achtstundentages von ihr akzeptiert worden sei. Nur durch diese Unterdrückungszusage könne die Zustimmung der Industrie erkauft sein. Die Belastung der Industrie werde durch Erhöhung der Preise abgewälzt, was eine Konkurrenzunfähigkeit am Weltmarkt bedeutet, zu Betriebsstillegungen führen werde und eine Steigerung der Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen müsse. Neben den Arbeitern und Konsumenten würde auch der Mittelstand ruiniert, der diese Schuldbelastung und Preiserhöhung nicht aushalten könne, so daß auch die mittleren Industrien untergehen, nur die Macht der großen Konzerne erweitert würde.

Die Regierung gestand ein, daß die Industriebelastung eine Minderung der Ausfuhr zur Folge haben werde. Von Zusagen an die Industrie wollte der Reichsminister Hamm angeblich nichts wissen.

Toni Sender (SPD.), stellte einige Nebenfragen und führte im übrigen einen heftigen Angriff gegen die Kommunisten.

Der von den Kommunisten gestellte Antrag im Falle der Annahme des Gesetzes über die Industriebelastung, die Betriebe des Reiches, der Gemeinden und Länder von dieser Belastung auszuschließen, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. **Im Reichstag war diese Streichung gegen den Willen der Regierung abgelehnt worden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240826-17/fragment/page=0008